

# Der Deutsche Metallarbeiter.

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeitervinnen.

Erhebt wöchentlich Samstags.  
Abonnementpreis pro Quartal 1 M.  
Postleitzahl Nr. 1944a.  
Eigenpreis die gespaltene Zeitung  
seit 40 Pfg.  
Telephon Nr. 685

Schriftleitung:  
Duisburg, Seitenstraße 12.  
Sitz der Redaktion: Montag,  
Abend 6 Uhr.  
Bezirksamt, Abonnementbestellungen  
sind an die Geschäftsstelle Seiten-  
straße 19 in richten.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

## Der zweite deutsche Arbeiterkongress

liegt hinter uns. Er wird — das kann ohne Ueberhebung gesagt werden — ein Markstein in der Geschichte der christlich-nationalen Arbeiterbewegung Deutschlands und nicht minder ein wichtiger Anstoß der sozialpolitischen Gesetzgebungsmaschine sein. Mehr noch wie sein erster Vorgänger 1903 in Frankfurt hat dieser Kongress — ein Arbeiterkongress im wirklichen Sinne des Wortes — die Ausmertsamkeit aller Faktoren des öffentlichen Lebens auf sich gelenkt. Weder Freund noch Feind kann sich der Bedeutung dieser eindrucksvollen Tagung entziehen.

Zum ersten Mal sind der erste Beamte des Reichsamts des Innern, gleichzeitig Vertreter des Reichskanzlers, sowie der preußische Handelsminister, persönlich auf einem Arbeiterkongress erschienen, um dadurch das Interesse der obersten Staatsbehörden an der Tagung zu bekunden. Mögen auch die Gegner hämische Handglossen zu dieser Tatsache machen, was klimmt uns! Wir christlichen Arbeiter treiben praktische Gegenwartarbeit und die Gelegenheit, zu den Fenstern der Sozialpolitik in persönliche Fühlung treten zu können, wird uns stets willkommen sein, um unsere Wünsche an maßgebender Stelle vorzutragen und dadurch unsere Bestrebungen ihrem Ziele näher zu bringen.

Das gilt sowohl für das Erscheinen des Herrn Staatssekretärs von Bethmann-Hollweg und Handelsministers Deiblück in der Eröffnungssitzung, als auch für die Ueberbringung der Kongressbeschlüsse durch die Deputation des Kongresses beim ersten Beamten des Deutschen Reiches, dem Herrn Reichskanzler Fürst Bülow.

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung war auch das Erscheinen und die Sympathieerklärungen von Vertretern aller bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme der Freisinnigen, die wahrscheinlich aus Hirsch-Dunderschen Rücksichten ferngeblieben sind.

Der Verlauf des Kongresses kann als ein vollkommen gelungener bezeichnet werden; insbesondere können wir christlichen Gewerkschaftler mit dem Fazit der Verhandlungen zufrieden sein. Es mußte jedem objektiven Beobachter des Kongresses zum Bewußtsein kommen, daß der Kern der christlich-nationalen Arbeiterbewegung in den interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften liegt. Das fühlten instinktiv auch die auffallend zahlreich (58) anwesenden Vertreter der katholischen Arbeitervereine, Sitz Berlin, die denn auch nicht verfehlten, ihre gereizte Stimmung durch kleinliche Rörgeleien an den gehaltenen Referaten und Diskussionsreden Ausdruck zu verleihen. Würden die Anhänger der christlichen Gewerkschaften in ähnlichem Ton geantwortet haben, dann wären zweifellos heftige Zusammenstöße unvermeidlich gewesen.

Klarheit hat der Kongress gebracht gegenüber der Hirsch-Dunderschen Richtung, die annahmen genug war, ihre Teilnahme am Kongress von der Anerkennung ihrer sogenannten "Grundsätze" durch den Kongress abhängig zu machen. Treffend wurde vom Kongressvorsitzenden betont, wenn die Hirsch-Dunder nicht bescheidenen würden, möchten sie tufig draußen bleiben.

Abgesehen von diesen beiden Fragen verließ der Kongress ohne jeden Misston, in vollster Eintrüchtigkeit, was am markantesten bei der Abstimmung über die vielen vorliegenden Entitäten und Resolutionen zutage trat.

Die Treue zu Kaiser und Reich der auf dem Kongress vertretenen Millionen Staatsbürger kam wiederholz spontan zum Ausdruck. Das brusende Aufsehen bei der Eröffnung, das Ergebnisstestament an Se. Majestät dem Kaiser, der jubelnde Beifall beim Eintreffen der Kaiserlichen Rüstungs- und des Glücksurichtergramm zum Geburtstag des Kaiserin und Deutschland.

Deutschland über alles" als Schlußakkord der Tagung waren die äußersten Merkmale der monarchischen und vaterländischen Gesinnung in den Herzen der christlich-nationalen Arbeiterchaft.

Diese Tatsachen werden auch von jenen Leuten nicht unbeachtet bleiben können, die bisher so leicht bei der Hand waren, die christlichen Arbeiter mit der revolutionären Richtung in der Arbeiterbewegung in einen Topf zu werfen.

Viel Arbeit und praktische Arbeit ist vom Kongress geleistet worden. Das können selbst objektive Gegner nicht in Wrede stellen. Die Referate standen auf der Höhe und legten so auch Zeugnis ab für den gewaltigen geistigen Fortschritt innerhalb unserer Bewegung. Stegerwalds Referat über die gegenwärtige sozialpolitische Situation war ein freimütiges Bekennen — ohne Rücksicht nach oben und unten — der innerhalb der christlich-nationalen Arbeiterchaft vorhandenen Stimmung. Die Fülle von Anträgen und Resolutionen, die das Referat auslöste, war ein deutlicher Beweis dafür, daß dieses Thema die Leidenschaften unserer Bewegung getroffen hatte.

An der ausgezeichneten Rede Dörings (christlich-nationaler Handlungsgehüllsenverband) über die Sonntagsruhe wirkte neben der Gediegenheit des Vortrages der Umstand noch besonders sympathisch, daß der Redner mit großer Wärme das christliche Moment dieser Frage in den Vordergrund stellte. Nicht minder großen Eindruck mache das Referat über die Arbeiterinnenfrage von Fräulein Gräß (M. Gladbach), die durch ihre ausgezeichnete Rednergabe und Wärme der Vortragsweise die Ausmertsamkeit des Kongresses — trotzdem es schon bald zu Ende ging — wie keiner der anderen Redner zu fesseln wußte. Der braunende, nicht endenwollende Beifall am Schlusse dieses Referates möge den Arbeiterinnen ein Beweis dafür sein, daß die Arbeiterinnenbewegung das wohlverstandene Interesse der männlichen Kollegen in Anspruch nimmt.

Ein Glanzpunkt des Kongresses war das Referat des Verbandsvorsitzenden Wieber über den Arbeiterschutz in der gesundheitsgefährlichen und schweren Industrie. Wir wollen an dieser Stelle darauf verzichten, den gewaltigen Eindruck näher zu schildern, den die Darlegungen unseres Verbandsvorsitzenden auf den Kongress und die vielen anwesenden Gäste hervorriefen. Es ist und bleibt ein unbestrittenes Verdienst des christlich-nationalen Arbeiterkongresses im allgemeinen und unseres christlich-sozialen Metallarbeiter-Verbandes im besonderen, sich der armen gefährdeten Hütten-, Stahl- und Walzwerksarbeiter in einer solchen nachdrucksamen Weise angenommen zu haben. Dadurch gewinnt der zweite deutsche Arbeiterkongress für die sämtlichen Arbeiter der Metall- und Hüttenindustrie eine heute noch nicht abzusehende Bedeutung.

Eine Kundgebung von solchem Nachdruck, der durch die persönliche Aussprache unseres Kollegen Wieber beim Reichskanzler bis zur obersten Spize unserer Reichsregierung verwirklicht wurde, wird uns keine der andern Richtungen innerhalb der Arbeiterbewegung so bald nachahmen können. Heute stehen eine Million deutscher Arbeiter und Angestellten hinter den Forderungen des Arbeiters in der Großfeisenindustrie nach mehr Arbeiterschutz. Der zweite deutsche Arbeiterkongress hat diese Forderungen zu den sehnigen gemacht und wieder die gesetzgebenden Faktoren noch die Unternehmer werden über diese Tatsache hinweggehen können. Die den Werksbesitzern nahestehende Presse ist auch schon in voller Tätigkeit, um die Wirkung der Verhandlungen in Berlin im Sinne der Unternehmerinteressen zu beeinflussen, worauf wir später noch eingehender zurückkommen werden.

Am besten geht die nachdrucksvolle Wirkung der Ausführungen Wiebers aus dem Verhalten der

sozialdemokratischen Presse hervor. Kein anderer Redner des Kongresses wird von der Sozialistenpresse so heftig angegriffen, bei keiner andern vom Kongress behandelten Frage arbeitet sie mit solchen schiefen Darstellungen, Unterschiebungen und direkten Fälschungen, wie bei dem Referat Wieber's über den Arbeiterschutz in der Großfeisenindustrie.

Der "Vorwärts" und seine Nachbeter hütten sich ängstlich, die Rede Wiebers, nicht einmal die Revolution zu dieser Materie im Wortlaut zu bringen. Sie suchen nur zu kritisieren, herunterzureißen und fälschen die Wahrheit, indem sie ihren Lesern die Behauptung aufstellen, Wieber habe zwar radikal — wirklich sozialistisch sagt der "Vorwärts" — geredet, aber den Unternehmern beileibe nicht weh tun wollen und deshalb am Schlusse seiner Ausführungen nur Erhebungen verlangt. Die gleiche Fälschung, die in dieser Darstellung liegt, können wir nicht besser widerlegen, als den ersten Teil der von Wieber vorgeschlagenen und vom Kongress einstimmig angenommenen Resolution hier folgen zu lassen. Diese Stelle lautet:

"In Erwägung, daß in der schweren und gesundheitsgefährlichen Industrie infolge des fortwährenden Produktionsprozesses, der hantenden, langen und schweren Arbeit, der damit verbundenen großen Hitze und giftigen Gasen die Unfälle und Krankheiten eine ungeheure Steigerung erfahren, desgleichen die Kraft der Arbeiter vor der Zeit aufgerieben, sanitäre und hygienische Einrichtungen vielfach mangelhaft sind oder gänzlich fehlen, die Koalitionsfreiheit sowie Freizügigkeit der Arbeiter immer mehr gefährdet wird;

In weiterer Erwägung, daß die schwere Industrie eine Entwicklung genommen, die bezüglich Produktionssteigerung, Prosperität sowie Erträge der Reingewinne für angelegte Kapitalien alle andern Erwerbszweige überflügelt, mit hin dieselbe in der Lage ist, weitere materielle Aufwendungen zugunsten der beteiligten Arbeiter einzubringen,

erklärt der zweite deutsche christlich-nationalen Arbeiterkongress einen erweiterten Arbeiterschutz in genannter Industrie für unbedingt erforderlich. Insbesondere ist dringend geboten, eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit, Einführung der achtstündigen Schicht für Feuer-, Hütten- und Hochofenarbeiter, bessere sanitäre und hygienische Einrichtungen in den Betrieben, Vorbeugung von Unfällen durch schärfere Unfallverhütungsvorschriften und Kontrolle seitens der Fabrikinspektoren der Sonntags- und Verbot der Frauenarbeit, Verbesserung des Missbrauchs der Wohlfahrtseinrichtungen und Sperrmaßregeln zum Schutz der Koalitionsfreiheit usw."

Damit vergleiche man die Behauptung der sozialdemokratischen Presse, Wieber habe nur Erhebungen gefordert, um den Werksbesitzern nicht weh zu tun. Das ist wieder ein Schulbeispiel von sozialdemokratischer Wahrschärfkunst, wie es andererseits auch ein Zeugnis sozialdemokratischer Arbeiterfeindlichkeit ist, daß der "Vorwärts" und die meisten übrigen roten Blätter die Verhandlungen des Kongresses totgeschwiegen haben.

Das allein zeigt die ganze Verlegenheit im sozialistischen Lager, wo man doch allmählich einsiehten muß, daß die Alleinherrschaft der Partei des Umsturzes durch die machtvolle christliche Arbeiterbewegung ein für allemal gebrochen ist.

Mit neuem Mut, mit ungebrochener Begeisterung sind die Delegierten des 2. Deutschen Arbeiterkongresses wieder in ihren Wirkungskreis zurückgekehrt. Diese begeisterte Stimmung hat sich bis auf das letzte Mitglied der christlich-nationalen Organisationen übertragen, und jetzt heißt es, auf zu neuer Arbeit, zu neuen Erfolgen, sowohl auf dem Gebiet der Agitation wie der praktischen Gewerkschaftsarbeit.

## Zweiter Verhandlungstag

Der Kongress, über dessen ersten Verhandlungstag wir bereits in voriger Nummer einen Bericht gaben, erfreute sich auch im weiteren Verlauf der Beachtung aus allen Kreisen. Zahlreiche Begrüßungsschreiben ließen ein, auch die Zahl der Ehrengäste vergrößerte sich. Am 2. Verhandlungstage begrüßte Abg. Behrens als Vorsitzender den Delegierten des russischen Textilarbeiterverbandes in Podzjerner den früheren preußischen Handelsminister und jetzigen Präsidenten des Vereins für Sozialpolitik, dessen Etcheinen bei der Versammlung lebhaften Beifall auslöste. Von dem Reichsverband deutscher Arbeitervereine Österreichs war ein Begrüßungsschreiben eingegangen. Weiter kamen der Ministerialdirektor Casper aus dem Reichsamt des Innern, Geh. Oberrat Koch aus dem Ministerium des Innern und Geheimrat Megeren aus dem Handelsministerium begrüßt werden.

Sofort nach diesen Begrüßungen folgte dann als erster Punkt der Tagesordnung das Referat über die allgemeine sozialpolitische Lage.

Referent A. Stegerwald, Generalsekretär des Gesamtverbundes der christlichen Gewerkschaften, kündigte seine längeren Ausführungen an die gegnerische Behauptung an, daß in Deutschland, trotzdem dort die umfassendste Arbeitergesetzgebung sei, die Arbeiter nicht zufrieden zu stellen seien. Das sei durch die wirtschaftliche und politische Entwicklung zu erklären.

Erst in den 80er Jahren wurde mit der staatl. Arbeitersorge eingesetzt; man schuf die Kranken-, Unfall- u. Invalidenversicherungsgesetze, die aber zur Abschöpfung der Arbeiter mit der Gesellschaft indes in bedeutendem Maße nicht beitragen; die Gesetzgeber verstanden die „Psychologie“ der Arbeiter nicht. Diese verlangten neben sozialer Fürsorge, mehr Freiheit, mehr gesellschaftliche Rechte. Nachdem das Sozialistengesetz gefallen und die gewerkschaftlichen Organisationen Erfolge zu erzielen begonnen, erschien die Buchdruckergesetze, die der sozialdemokratischen Agitation erneut unzählbare Dienste leistete. Dazu kommt noch, daß alle bürgerlichen Parteien in mancher Hinsicht ihre Pflichten gegenüber den Arbeitern vernachlässigt haben. Obwohl die Sozialdemokratie von 1887–1893 ihre Stimmenzahl um mehr als 1 Million vermehrte, saß noch 1905 Giesberts als einziger nichtsozialdemokratischer Arbeiterabgeordneter im Reichstag.

Die platonischen Wahlsysteme zu den Einzelandtagen und den Gemeinden waren ebenjedoch für den sozialdemokratischen Klassenkampf durchaus geeignet. Der Einheitswahlrecht in Preußen 1 600 000 Stimmen erhielt, aber nicht ein Mandat zum preußischen Landtag zu erringen vermochte, ist für die revolutionäre Theoretiker der Sozialdemokratie Wasser auf ihre Rühen. Auch die christlich-nationalen Arbeiter empfinden diese Wahlsysteme, insbesondere dasjenige zu dem Landtag des größten deutschen Bundesstaates, als die denkbare größte Ungerechtigkeit.

Selbst heute kann man sich bis zu den höchsten Regierungsstellen in die Gebardenwelt der Arbeiter noch nicht hineinfinden. Sonst hätte man in den letzten Jahren, wo eine aussichtsreiche christlich-nationale Arbeiterbewegung sich gebildet hat, die gesetzliche Sozialreform nicht auf einem toten Gleise stehen lassen. Ja noch mehr: Man hat anschließend selbst für diese Bewegung nur ein platonisches Interesse. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung mußte es als eine Mißachtung ansehen, daß der erste Beamte des Reiches die sog. „bayerisch-preußischen Arbeitervereine“ bzw. „gelben Gewerkschaften“ bei ihrer Hamburger Tagung befürwortete. Diese kraft- und saftlosen Vereinigungen bedeuten am letzten Ende nur eine unbeabsichtigte Förderung der Sozialdemokratie.

Auch über die Behandlung unserer Bewegung seitens der Behörden könnten wir manches berichten. Den vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands angestellten italienischen Setzeln hat man aus Preußen ausgewiesen, weil er seine Landsleute ablehnt, Streikbrechdienste zu leisten; ausgewiesen mit dem Erfolge, daß die sozialdemokratische Bewegung unter den Italienern dafür im Deutschen Reichsland umso stärker sich ausbreite.

Auf dem Gebiete des Zöllogewerbes ist in Deutschland für die Arbeiter durch die Gesetzgebung mehr geleistet worden, als in irgend einem anderen Staat der Welt. In Deutschland ist jeder dritte Mann gegen Unfall, jeder zweite gegen Invalidität und jeder fünfte gegen Krankheit versichert. Das haben wir von jeher dankbar erkannt. Auch haben wir freis verurteilt, daß die sozialdemokratische Agitation die deutsche Arbeiterversicherungsgesetzgebung als „Settelluppenpolitik“ verhöhnte und durch verschiedene Theorien die Sozialisierung der Sozialpolitik verzögerte.

Der Referent wendet sich dann der

### Sozialpolitik in den letzten Jahren

zu: In der letzten Legislaturperiode des Reichstages war die politische Krise äußerst arm als größere sozialpolitische Tat kam lediglich das Gesetz betr. die Kaufmannsgerichte reguliert werden. Man gewinnt den Eindruck, als leide die Regierung den Schriftmachern und sozialpolitischen Gewerken ein viel zu mildiges Schütz.

Dazu kommen noch Einnahmebestimmungen gegen die Arbeiter: Durch den Paragraphen 23 des preußischen Einkommensteuergesetzes kommen alle Einnahmen bis zu 5000 Mark auch solche, die durch Betriebsruhe, Nachtruhe usw. entstehen bis auf den letzten Pfennig zur Entziehung. Die Gläubiger, die über 3000 Mark verdienen, können sich ohne Kontrolle selbst einschäben. Und als eine Ungerechtigkeit wird auch die einseitige Bestrafung der Gewerkschaften betrachtet.

Mehrere Kreise werden solche Gesetzestellungen nicht annehmen in den Übrigen Ländern. Das kann auch nicht aufhalten zu sagen was ist. Wenn die Herren, die sich

Wahrnehmung ihrer Interessen eine deutsche Sprache reden oder auf Handwerkerkongressen manchmal Gott und der Welt das Vertrauen gefündigt wird, so findet man das in der Regel verständlich. Wenn christliche Arbeiter ihre Unzufriedenheit deutlich ausdrücken werden, sie zu den Sozialdemokraten geworfen. Mit treuergebenen Worten, die keine Wünsche haben, sind keine Erörterungen zu machen.

Von den

### Frankfurter Kongressforderungen

ist bis jetzt noch keine durch die Gesetzgebung verwirklicht worden. Wohl wurde im vorigen Jahre dem Reichstag ein Gesetzentwurf betr. die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine vorgelegt. Wenn dieses Monstrum von Vorlage Gesetz geworden wäre hätten jedenfalls die Berufsvereine auf die Erwerbung von Rechtsfähigkeit verzichtet. Die Gründe für die Notwendigkeit der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine sind noch dieselben wie vor 4 Jahren, sie haben sich im Gegenteil noch vermehrt. Die Arbeiterberufsvereine sind heute mit mehr als 2½ Millionen Mitglieder nahezu doppelt so stark wie vor 4 Jahren. Und in der Entwicklung von Rechtsgeschäften hängen sie geradezu in der Lust.

Die Frage der „Arbeitskammer“ ist in Angriff genommen. Nach den Mitteilungen Posadowskys ist ein Entwurf in der Ausarbeitung begriffen, welcher den Bundesregierungen zur Beratung vorgelegt werden soll. Wie weit die Sache geblieben ist, ist bis zur Stunde nicht bekannt.

Eine Kardinalforderung unserer letzten Tagung war die Sicherung und Erweiterung des Koalitionsrechtes, dahingehend, daß der Paragraph 152 der Reichs-Gewerbe-Ordnung nicht nur auf Erlangung besserter, sondern auch auf die Erhaltung bestehender Lohn- und Arbeitsverhältnisse hinzuwendung findet, und der Paragraph 153 dahin zu erweitern sei, daß nicht allein der Missbrauch des Koalitionsrechtes unter Strafe gestellt wird, sondern auch die Verhinderung eines legitimen Gebrauchs. In Arbeitgeberkreisen wurde mehrfach eine Verjährung gegen Streikende gefordert. Wir meinen, daß der beständige Paragraph ganz zu beseitigen sei. Er erweist sich in steigendem Maße als ein doppeltes Zusnahmegesetz gegen die Arbeiter.

Neuerdings droht dem freien Koalitionsrecht Gefahr in Gewerken, die sowohl Arbeitgeber- wie Arbeitnehmerseite gut organisiert sind, dort kommen in neuester Zeit sogenannte Monopolverträge zustande. Gegenwärtig besteht ein solcher im Chemigraphen- und demnächst auch im Buchdruckergewerbe. Danach verpflichten sich die Arbeitgeber mit solchen Gehilfen einzustellen, die den vertragshinweisenden Parteien angehören. Diese Verträge haben eine gute Seite zur Bekämpfung der Schnauzenkonkurrenz. Über Gewerbevereine in ihrer natürlichen Reinheit die sich lediglich mit den Fragen des Arbeitsvertrags beschäftigen ziehen in Deutschland. Dafür hat die Sozialdemokratie gesorgt. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung müßte daher auf das entschiedenste dagegen protestieren und eventl. die Hilfe der Gesetzgebung anrufen, wenn vermittelst solcher Monopolverträge christlich-nationale Arbeiter in sozialdemokratische Organisationen gezwungen werden sollten. Es muß zum mindesten verlangt werden, daß alle Organisationen die gewillt und befähigt sind, in einer solchen Vertragsgemeinschaft mitzuwirken zugelassen werden.

Bei der Behandlung der

gegentümlich schwiebenden sozialpolitischen Projekte führt Siebler aus: Dem Reichstage liegen gegenwärtig eine Anzahl meist kleinerer sozialpolitischer Gesetzentwürfe vor, denen, wie verlautet, auch einige bedeutende Vorlagen folgen sollen. Gegenwärtig liegen dem Reichstag vor: Der Gesetzentwurf betr. das Hilfslastengesetz, die Rente zum Unterstützungswohnitz, ein Gesetzentwurf für geistliche Regelung der Zigaretten-Hausindustrie, dann ist ein gemeinsamer Antrag auf geistliche Regelung der Heimindustrie eingereicht worden. Die Regierung scheint den letzteren Punkt industrieweise in Angriff nehmen zu wollen. Offenkundig folgt der Zigaretten-halb die Konfektionsindustrie. Weiter hat der ehemalige Staatssekretär Graf Posadowsky in seiner Rede am 11. April bis S. 33 angekündigt: Regelung der Gewerks- und Versammlungsfreiheit, Fortifikation der Sozialversicherungsgesetzgebung, Nachruhe der Frauen, nach Maßgabe der Werner-Kommission, Revision der Bestimmungen über die Sonntagsruhe, schließlich Arbeitstag der Frauen, Witwen- und Baisenversicherung. Bezüglich der Arbeiterversicherungsgesetzgebung wird man am zweitmächtigsten anstatt der Berichtserstellung die Vereinsetzung zur Vorberatung erheben. Die Verschmelzung sieben außerordentliche Schwierigkeiten und auch Bedenken entgegen. Besonders bezüglich der Krankenversicherung kann eine größere Zentralisierung stattfinden.

Der zehntägige Maximalarbeitsstag ist nicht mehr fiktiv auf die Frauen zu bestimmen. Alle modernen Kulturstufen haben einen gesetzlichen Maximalarbeitsstag eingeführt, und der Betriebsarbeitsstag und teilweise eine noch längere Arbeitszeit besteht schon für den weitaus größten Teil der deutschen Arbeiter. Die angekündigte Witwen- und Baisenversorgung ist bekanntlich im Prinzip durch den Reichstag schon beschlossen.

Das gründliche Aufzettelnen der zwei Staatangehörigen, insbesondere der niedrig entlohnten, ist eine unumgängliche Notwendigkeit.

Das hat große Heer der Privatbeamten ist eine größere Erfüllung unabweisbar. Über den einschlagenden Punkt sollen die Gesetzgeber sich mit den Organisationen der Beamten einzufinden suchen.

### Aufgaben der nächsten Zeit

Die deutsche Arbeitervertragsgesetzgebung steht in E. vor zwei Gebieten: sie ist mit der Wirtschaftsentwicklung nicht fortgeschritten und verrät zu wenig Großzügigkeit. Seit Gründung der Arbeitervertragsgesetzgebung hat in Deutschland eine ganz gewaltige Kapitalconcentration stattgefunden. Der Stahlwerksverband verfügt über eine Milliarde Mark. Dazu kommt noch das gewaltige Kohlen- und Rohstoffmonopol. Diese große Wirtschaftsbeherrschung braucht ein Staat im Staate zu werden. Zur Regelung des Arbeitsverhältnisses in diesen Betriebsteilen mußt die deutsche Arbeitervertragsgesetzgebung zwischen

Die Einführung des Gesetzenkörpers betr. die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine hat gezeigt, daß die deutsche Sozialpolitik zu wenig planmäßig und zusammenfassend betrieben wird, weil die sozialpolitische Initiative der Partei im Gegensatz zum preußischen Landtag im Deutschen Reichstag größer ist, als die der Regierung, sobald man der sozialpolitischen Gesetze und Verordnungen als Schlussfolgerungen zustande gekommen sind. Also mehr oder weniger jedesmal, wenn Regierung und Reichstag sich auf ein bestimmtes, mehrere Sessionen umfassendes sozialpolitisch Programm einigen.

Unter diesen Umständen beschränkt wir uns auf den folgenden Wunschzettel, dessen baldige Eintragnahme wir fordern: 1. Die Schaffung einer modernen Gesindeordnung. Die gegenwärtigen Gesindeordnungen sind längst veraltet.

2. Ein Fremderrecht erweist sich als dringend notwendig. Hunderttausende ausländische Arbeiter in Deutschland sind der Willkür der Behörden ausgesetzt und erweisen sich durch den Emporsteigen der deutschen Arbeiterschaft hinfällig. Bei Streiks wurde schon mehrfach gedroht, daß, wenn sich Ausländer daran beteiligen, sie ausgewiesen werden. Die ausländischen Streikbrecher sind Millionen deutscher Arbeiter „lästig“, ohne daß sie ausgewiesen werden. Wenn sie sich aber gegenüber den Unternehmen „lästig“ machen, dann ist man bei Streiks mit der Ausweisung schnell b. der Hand.

3. Bei den sozialen Wahlen ist allgemein das Proportionalsystem in Anwendung zu bringen wie bei den Wahlen zu den Kaufmannsgerichten.

4. Die Einführung von Handelskonsolidationen muss ebenso mit Nachdruck gefordert werden.

### Unsere Aufgaben

bestehen zunächst in der weiteren Stärkung der vertretenen Organisationen. Mit der Ausbreitung derselben steigert sich ganz von selbst der Einfluß der christlich-nationalen Arbeiter. Wir müssen den bürgerlichen Parteien das Gewissen schärfen, indem wir uns in denselben das sozialpolitisch fortschrittliche Element stärken. In fast sämtlichen Parteien befindet sich vielmehr ein sozialpolitisch regsfame und vorwärtsdrängender Flügel. Darum ist auch die Errichtung einer besonderen christlich-nationalen Arbeiterpartei vom Preußischen Kongress der christlichen Gewerkschaften abgelehnt worden. Heute gehören sieben Mitglieder der hier vertretenen Corporationen dem Reichstage, sechs dem preußischen, bayerischen und württembergischen Landtage an. Dieses Ergebnis wurde nicht von oben künstlich befördert, sondern es wurde von unten heraus betrieben. Die gleichberechtigte Eingliederung des Lohnarbeiterstandes in die bürgerliche Gesellschaft vollzieht sich also zusehends. Diesen Entwicklungsprozess zu fördern, die Arbeiter materiell geistig und sittlich emporzuheben und sie zu lebensfröhlichen deutschen Staatsbürgern zu machen, das ist die Mission, die unser hat.

Das Referat wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen und löste eine rege und interessante Debatte aus.

Gleich zu Beginn der Debatte gab es eine Auseinandersetzung bezüglich der

### Hirsch-Dunkerschen Gewerkvereine

Der Saarverband evangelischer Arbeitervereine hatte einen entrüsteten Beschluß gefaßt gegen die angebliche Nichteinladung der Hirsch-Dunkerschen Gewerkvereine zu diesem Kongress. Dazu nahm dann der Abg. Behrens zu einer grundsätzlichen Aussprache das Wort. Er verwies auf die in der Presse bereits zurückgewiesene neueste Erklärung des Centralrats der Hirsch-Dunkerschen Gewerkvereine, deren Verleistung besonders mit dem Passus: die christlich-nationale Bewegung sei eine antisemitisch-konservativ-ultramontane Gründung, stürmische Heiterkeit erreichte. Behrens erklärte dazu: die Hirsch-Dunkerschen Gewerkvereine hätten durch eigene Schuld den Anschluß verpaßt. Sie hätten seiner Zeit verlangt, daß in dem Aufruf für den ersten Kongress das Wort: „auf dem Boden des Kaiserlichen Erlasses“ gestrichen werde. Trotzdem man der Einigkeit willen diesem Verlangen stattgegeben habe, habe der Centralrat der Hirsch-Dunkerschen Gewerkvereine das Mittum abgelehnt. Jetzt wolle er, nachdem er die Erfolge der Bewegung gesehen habe, wieder Anschluß gewinnen. Sein Verlangen sei aber absolut unannehmbar; denn diese kleine, sogar zurückgehende Organisation verlangt von den zehnmal stärkeren Organisationen, die hinter dem Kongresse stehen, ihre eigenen Prinzipien preiszugeben und dafür die Hirsch-Dunkerschen Prinzipien anzunehmen. Der Boden, auf dem der Kongress tagt, stehe seit Frankfurt am Main fest, und die Hirsch-Dunkerschen Gewerkvereine würden können, auf welchem Boden sie mitarbeiten könnten. — Aus dem Saarrevier sprach Barth von den evangelischen Arbeitervereinen für die Interessen der Hirsch-Dunkerschen, jenseits des Sächsischen Reutlingen. Nachdem Stegerwald festgestellt hatte, daß die Hirsch-Dunkerschen Gewerkvereine sich 1903 hätten bitten lassen, mitzutun, es aber nicht getan hätten, und datum jetzt nicht erwarten könnten, daß sie erneut gebeten würden, nahm der Kongress einen Antrag Meyer-Düsseldorf auf Übergang zur Tagesordnung an.

Der H.-D. Verteidiger aus dem Saargebiet beging bei dieser Gelegenheit die bedauerliche Tatsache, daß die Person des Ministers a. D. Weißbach in die Debatte hineinzuziehen und dessen Bemühungen um eine Verständigung, trotzdem sie einen streng konservativen Charakter trugen, an die Leidenschaftlichkeit zu setzen. Herr a. D. Weißbach, der zu einer anderen Veranstaltung erscheinen mußte, gab eine schriftliche Erklärung ab, in dem er sich der Saar

zielen Prozess" die nötigen Ausführungen zu geben. Vom Kongressvorsitzenden wurde die Tätschlichkeit des C.-D. Sprechers unter lebhafter Zustimmung des Kongresses ganz entschieden gerügt. — Das Resultat dieses Zwischenfalles bedeutet nicht mehr und nicht weniger wie eine große Blamage für die Vertheidiger der C.-D. Richtung und auch für diese selbst, die sich mit ihrer genialen Strategie selbst auf ein totes Nebengleise verirrt haben.

Mit zur Beratung gestellt wurden zugleich die inzwischen eingegangenen Resolutionen. Sie bestreiten 1. die "gelben" Gewerkschaften, gegen die entschieden protestiert wird; 2. die Maßregelungen von 10 Mitgliedern des Steigerverbandes durch die Gruppenherren des Führerstandes; 3. die Ablehnung des Knapsackstatuts des Bochumer Knapsackvereins, deren Billigung durch den Kongress beantragt wird; 4. die stärkere Pflege der Sozialpolitik in den Einzelabtagen; 5. die Beihilfswahl für die Gewerbegerichte und Krankenkassen; 6. die Besteuerung der Konsumgenossenschaften, gegen die protestiert wird; 7. den Protest gegen die Beseitigung der kleinen landwirtschaftlichen Renten; 8. das Reichsberg-gebet.

Diese Resolutionen werden einer Redaktionskommission überwiesen, die ihre definitive Annahme am Schlusse des Kongresses vorbereiten soll.

In der Diskussion über das Referat von Steigerwald wandte sich Rafflenbeu - Essen (evang. Arbeiter-Ver.) gegen die gelben Gewerkschaften, deren Prinzipien und Tendenzen eine schwere Gefahr für unser ganzes Volksleben bedeuteten.

Langen - Köln (Bauhandb.-Verb.) ging auf die Schwierigkeiten ein, die den christlichen Gewerkschaften von manchen Behörden bei der Organisierung der ausländischen Arbeiter gemacht würden. In Remscheid seien italienische Streitbrecher im neuen Rathaus einquartiert worden.

Der nächste Redner, J a w o r s k i - Duisburg, wandte sich gegen den Bürokratismus in der Versicherungsgesetzgebung, kritisierte die Rechtsprechung mancher Gerichte und erhob Einspruch gegen die angekündigte Bestimmung im neuen Vereinsgesetz, daß den Arbeitern nichtdeutscher Zunge der Gebrauch der Muttersprache in öffentlichen Versammlungen verboten werden soll.

Arbeitssekretär Richter von den Berliner Fachabteilungen versuchte an mehreren Fragen herumzörgeln und fand teilweise heftigen Widerspruch. — Kratochwil - München (bayer. Postverband) wies auf den Unterschied hin, der in der Behandlung der Staatsarbeiter und -Angestellten-Organisationen seitens der Behörden zutage trete.

Fräulein Behm - Berlin nahm sich in warmen Worten der Heimarbeiterinnen an. Sie verlangte die Ausdehnung der Versicherungsgesetzgebung und Gewerbeinspektion auf die Haushaltungsindustrie, sowie eine Vermehrung der weiblichen Aufsichtsbeamten. — Arbeitssekretär Maher - Düsseldorf (kath. Arb.-Ver.) protestiert gegen die Bestrebungen zur Beseitigung der kleinen Unfallrenten.

Nachdem die Diskussion ihr Ende gefunden beschloß die Versammlung die Verlegung der Abstimmung über die Resolutionen auf den Schlusse des Kongresses.

Es folgte dann das Referat über

### Die Sonntagsruhe

Der Referent Richard Döring, Mitglied der Vertretung des deutsch-nationalen Handlungsgesellenverbandes, Hamburg, führte dazu aus: Im Laufe der letzten Jahrzehnte hat die Sonntagsgesetzgebung in einer ganzen Reihe europäischer Staaten bemerkenswerte Ergebnisse gezeitigt. Österreich, Frankreich, Dänemark, Belgien, Spanien, Rumänien, die Schweiz haben Sonntagsgesetze erlassen, oder die bestehenden Gesetze verbessert, und in Italien steht die Sonntagsruhe auf der Tagesordnung. Im Deutschen Reich dagegen haben wir im Laufe der letzten 15 Jahre in der Sonntagsgesetzgebung keinen nennenswerten, durchgreifenden Fortschritt zu verzeichnen gehabt.

Der Redner beschäftigt sich dann eingehend mit der Reformbedürftigkeit der bestehenden Bestimmungen die von allen möglichen Instanzen so auch vom Grafen v. Posadowsh wiederholt anerkannt worden sei. Besonders verweist er bei den Kommunen die in dieser Frage völlig versagt hätten. Von 3397 Gemeinden hätten nur 78 die fünfständige Höchstarbeitszeit um eine Stunde verkürzt. Am grellsten trete der Mißserfolg mit der Überweisung der Sonntagsruhe-Frage an die Gemeinden hervor denn in dem „Ausnahme“-Wesen von der fünfständigen Beschäftigungszeit. Weiter hofft er die Wirkungslosigkeit dieses Gesetzes für die Gehilfen der Amwalte, für die technischen Angestellten, für die Apotheker und speziell für das Verkehrsgewerbe, besonders die Binnenschiffahrt, deren Verhältnisse er durch ein sehr drastisches Zahlenmaterial beleuchtet. Nicht viel besser liegen die Verhältnisse in den einzelnen Gewerben. Die Angestellten des Gast- und Schuhwirtschaftsgewerbes sind so gut wie gänzlich ohne Schutz. Im Bürgergewerbe sträubt sich die Meisterschaft gegen die Einführung der Sonntagsruhe, die der Redner durchaus für möglich hält. Dehnlich steht es im Fleischergewerbe, wo nach den Berliner Erziehungen die Sonntagsabschlächtungen gänzlich überflüssig sind. Für das Tischlergewerbe ist neuerdings vielfach die Bildung von Genossenschaften zu fordern, bei denen die Genossen höchstens den ganzen Sonntag arbeiten. Für das Bäckergewerbe verlangt er eine Rücksicht für fünfständige, mittags um 1 Uhr beendige Beschäftigungszeit. Auch in die Heimarbeit muß mit gesetzlichen Bestimmungen gegen die Son-

ntagsarbeit vorzugehen werden. Zum Schluß bespricht der Redner das Ausnahmeweisen in Bergwerken, Fabriken und Aufbereitungsanstalten und verlangt auch dort energische Hilfe. Einen wesentlichen Nutzen für die häufigen Über-tretungen der Vorschriften über die Sonntagsruhe findet er in den geringen Strafen die deswegen verhängt werden und über die sich vielfach sogar die Gewerbeinspektionen bitter beklagen.

Der Vortrag ließ schließlich auf die Forderung des von der Regierung bereits 1902 in Aussicht gestellten Gesetzentwurfs hinaus. Daneben empfahl er die Selbsthilfe die Beseitigung der Einläufe an Sonntagen. Der Redner legt der Versammlung alsdann die folgende Resolution vor:

Der zweite deutsche Arbeiterkongress richtet an den Bundesrat das Ersuchen den in der 16. Kommission des Reichstages vom Jahre 1899 bereits angekündigten Gesetzentwurf betreffend Neuregelung der Sonntagsruhe dem Deutschen Reichstage nun endlich zugehen zu lassen und darin vor allem die völlige Sonntagsruhe für das Handelsgewerbe vorzusehen.

Zum Schluß dankte sich noch Staatssekretär u. D. Berlepsch der inzwischen wieder erschienen war, an die Versammlung mit einer Aufführung über die Frage der kath.-dörflichen Gewerbevereine. Er habe die Hinzuziehung dieser Organisation zu diesem Kongresse für wünschenswert gehalten und daher Verhandlungen zwischen beiden Richtungen angebahnt. Er habe jedoch wahnehmen müssen daß die Stimmung zwischen beiden sehr feindselig sei. Er werde weiter für die Einigung zu arbeiten und er bitte im Interesse dieser Einigung die Vergangenheit ruhen zu lassen.

Darauf vertrat der Kongress sich auf Dienstag um 9 Uhr.

(Über den letzten Verhandlungstag werben wir in der nächsten Nummer berichten und das Referat des Kollegen Wieber noch ausführlich an besonderer Stelle wiedergeben.)

### Beim Reichskanzler

Gemäß einem Beschuß des Kongresses überbrachte eine Deputation am Donnerstag den 24. Oktober die Wünsche und Beschlüsse des zweiten deutschen Arbeiterkongresses, dem zurzeit in Klein-Flottbek bei Altona weilenden Reichskanzler Fürsten von Bülow. Zu der Abordnung gehörten die Herren: Behrens, Schiffer, Wieber, Schack, Wiedenberg, Kratochwil und Fräulein Behm.

Die Abordnung wurde bei ihrer Ankunft von dem Gesandten v. Müller begrüßt und in das Arbeitszimmer des Reichskanzlers geleitet. Hier hielt der Sprecher der Abordnung an den Fürsten nachstehende Ansprache:

Durchlaucht, der zweite deutsche Arbeiterkongress hat uns den Auftrag erteilt, Eurer Durchlaucht die Beschlüsse des Kongresses zu überbringen. Vertreter von über einer Million christlich-nationaler Arbeiter waren in Berlin versammelt, um gemeinsam über ihre sozialpolitischen Angelegenheiten zu beraten. Neben einer Aussprache über die sozialpolitische Lage im allgemeinen stand der Arbeiterschutz in den schweren und gesundheitsschädlichen Industrien, sowie die Sonntagsruhe und die Arbeiterinnenfrage zur Verhandlung. Seit dem ersten Kongress vor vier Jahren hat unsere christlich-nationalen Arbeiterbewegung eine gute Entwicklung sowohl in Bezug auf unsere äußere Ausdehnung wie auch auf inneren Ausbau erfahren. Mit Erfolg hat die christlich-nationalen Arbeiterschaft bewirkt, daß ein größerer Teil der durch soziale Gesetzgebung der Arbeiterschaft eingeräumten Vertretungen bei Gewerbegeichten und der Arbeiterversicherung von befähigten Männern ihrer Bestimmung befreit wurden. Der Kongress hält es für nötig, daß das Verhältnissystem für alle sozialen Wahlen reichsgesetzlich eingesetzt wird. Dass seit dem Frankfurter Kongress vor vier Jahren von den danach beschlossenen Forderungen bis heute noch keine einzige gesetzliche Erledigung gefunden hat, rief bei unsrer Kameraden im Lande Bewundern her vor. Ganz besonderen Wert legt die christlich-nationalen Arbeiterschaft auf Sicherung und Ausbau der Koalitionsfreiheit; auch die Gewährung des ungehinderten Organisationsrechts ohne Streitrecht an die Staatsbediensteten ist dringend erforderlich. Durch ein weiteres Aufrütteln der Sozialreform auf dem genannten Gebiete wird unserer Bestreben, der deutschen Arbeiterschaft durch ernste soziale Arbeit nach christlich-nationalen Grundsätzen zu rüsten, erheblich erschwert und wird den vereinenden Kräften im Volksleben neue Kraftung zugeführt. Die Zustände in den schweren und gesundheitsschädlichen Industrien bedürfen sehr der erhöhten Aufmerksamkeit der Gesetzgebung. Ein besserer Arbeiterschutz ist in diesen Industrien unerlässlich; ebenso ist eine baldige Durchführung der völligen Sonntagsruhe im Handels- und Bäcker gewerbe notwendig. Auch die Wünsche der Arbeiterinnen an die Gesetzgebung verdienen besondere Beachtung. Wir überbringen Eurer Durchlaucht die Beschlüsse und die Drucksachen des Kongresses. Die Delegierten, die uns beauftragten, sind sich der Schwierigkeiten bewußt, die sich unsern Wünschen entgegenstellen könnten; aber sie sind auch zugleich der festen Überzeugung, daß es im zwingenden Interesse des Vaterlandes liegt, den Arbeiterstand als gleichberechtigtes Glied dem nationalen Volkskörper einzutreiben und die deutsche Arbeiterschaft durch er-

höhten Schutz und Sicherung ihrer Rechte im allgemeinen Interesse schaffenstreudig zu erhalten. Wir versichern Eurer Durchlaucht, daß die auf dem Kongress vertretenen Arbeiter erfüllt sind von herzlicher Treue und Liebe zu unserem erlauchten Kaiser und unserem deutschen Vaterland. Wir werden auch ferner dafür wirken, diese Gesinnung zu pflegen und zu festigen.

Der Reichskanzler erwiderte wie folgt:

Meine Herren, es ist mir eine aufrichtige Freude, Sie als die Delegierten des zweiten deutschen Arbeiterkongresses heute bei mir zu sehen. Seit dem Frankfurter Kongress haben sich die Ihnen angelassenen Vereinigungen in verhältnissvoller Weise vermehrt und zugleich an Mitgliederzahl erheblich zunommen. Mit Genugtuung entnehme ich in Übereinstimmung mit Ihnen daraus den Beweis, daß in den deutschen Arbeitern noch in weiten Kreisen eine Stätte für die Betätigung christlich-nationaler, monarchischer Gesinnung vorhanden ist. Röde es Ihnen gelingen, diesen christlichen und deutschen Sinn weiter zu fördern und zu pflegen. Über die Lage derjenigen Angelegenheiten, welche Sie bei unserer vorigen Besprechung in den Vordergrund gestellt haben, ist Ihnen durch den Herrn Staatssekretär des Innern Mitteilung gemacht worden. Ich füge hinzu, daß ich meinerseits alles tun werde, um die Einbringung und parlamentarische Erledigung des in Aussicht stehenden Reichsverfassungsgesetzes und des Arbeitskammergesetzes zu fördern. Was die Gegenstände Ihrer soeben abgeschlossenen Tagung betrifft, so liegt mir die Frage der Sonntagsruhe besonders am Herzen. Ich sehe in der Sonntagsruhe eine der Lebensquellen für unser gesamtes Volkstum und werde dafür Sorge tragen, daß bei den gegenwärtig schwelenden Verhandlungen über eine Revision dieser Bestimmungen nur insoweit Ausnahmen von dem Verbot der Sonntagsarbeit zugelassen werden, als dies mit Rücksicht auf unabsehbare Bedürfnisse geboten ist. Die Verhandlungen des Reichstags im letzten Frühjahr haben die besondere Aufmerksamkeit der obersten Reichs- und Staatsbehörden auf die Verhältnisse in der Großindustrie gelenkt. Namenslich über etwa vorhandene Missstände in den sanitären Arbeiterverhältnissen und der Abmessung der Arbeitszeiten bestimmter Arbeiterklassen hat der preußische Herr Handelsminister eine Aufführung bereits in die Wege geleitet. Die demnächstige Regelung wird unter billiger Abwägung aller Interessen und nicht ohne Anhörung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern erfolgen. Seien Sie versichert, meine Herren, daß die Sozialpolitik nach dem Willen unseres Kaisers durchgeführt werden wird. Wenn der Fortschritt auf manchen Gebieten sich nicht so rasch vollzieht, wie Sie ihn wünschen, so wollen Sie dabei im Auge behalten, daß die Reichsverwaltung die Interessen aller Stände wahrzunehmen hat, und daß eine gerechte und kräftige Sozialpolitik von der gesamten Volksauffassung getragen sein muß. Nichts aber wird das soziale Verständnis der gesamten Nation mehr fördern, als wenn die gesamte deutsche Arbeiterschaft sich in immer weiterem Umfang auf den nationalen Boden stellt. Dadurch bekennen sie sich zu einer Solidarität mit den andern Ständen, die auf der anderen Seite nicht unerwidert bleiben kann und die Freudigkeit stärkt zu weiterem Fortschreiten auf sozialem Boden. Und so wird die deutsche Arbeiterschaft, indem sie frei von einseitigen oder übertriebenen Forderungen ihr eigenes Interesse vertreibt, die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse des Arbeiterstandes haben und gleichzeitig die Grundlage unseres staatlichen Lebens stärken und festigen. Diese Ihre Bestrebungen nach Kräften zu fördern, betrachte ich als eine meiner vornehmsten Aufgaben.

Der Reichskanzler verweilte noch längere Zeit im Gespräch mit den Delegierten. Die einzelnen Mitglieder der Abordnung brachten dabei in freimütiger Weise ihre besonderen Wünsche zum Ausdruck, die der Reichskanzler mit großer Aufmerksamkeit anhörte.

Insbesondere bezogte der Reichskanzler auch ein großes Interesse für die Darlegungen unseres Verbandsvorstehenden Kollegen Wieber über die Verhältnisse in der Großseidenindustrie und die diesbezüglichen Reformvorschläge zur Besserung der hier vorliegenden Zustände. So sind die berechtigten Wünsche der Hütten-, Stahl- und Walzwerksarbeiter durch die Leitung des christlichen Metallarbeiterverbandes auch bis zum ersten Beamten des Reiches persönlich zum Ausdruck gebracht worden.

Diese Tatsache verdient besonders hervorgehoben zu werden, wie wir auch, nach den Ausführungen des Reichskanzlers zu schließen, jetzt die begründete Hoffnung hegen dürfen, daß der Arbeiterschutz in der Großseidenindustrie von der Gesetzgebung endlich in Angriff genommen wird. Ein Hauptverdienst an dieser erfreulichen Tatsache geht auf der christlichen Arbeiterschaft zurück.

## Beschlüssen.

Um Nachfolgendem verzeichnen wir eine Anzahl von Beschlüssen, aus denen der große Eindruck der Kongressverhandlungen in der Öffentlichkeit hervorgeht:

In der „Sozialen Praxis“ (Nr. 4) schreibt Prof. E. Francke über den Arbeiterkongress:

„Es will etwas heißen, wenn unter sehr schwierigen Verhältnissen die Gemeinschaft nationaler und christlicher Arbeiter nicht mit Fortschritte an Zahl und Umfang gemacht, sondern sich vor allem innerlich durch Ausbau und Festigung ihrer Organisationen geträumt hat. Freilich die freien Gewerkschaften unter sozialdemokratischer Führung sind noch stärker gewachsen, ihre Macht ist weit größer und wird es wohl immer bleiben. Aber doch stellt die nationale Organisation der Arbeiter und Gehilfenchaft jetzt schon ein Gegenrecht dar, das jene sehr ernsthaft zu nehmen gezwungen sind. Der zweite Kongress, der in den letzten Tagen in Berlin versammelt war, ist ein Beweis dafür. Staub eine Million deutscher Arbeiter und Gehilfen war durch über dreihundert Delegierte vertreten. Nur Arbeiter und Angehörige, sowie aus diesen Ständen hervorgegangene Organisationsbeamte durften als Delegierte erscheinen. Eine stattliche Schar höherer Beamten, an ihrer Spitze der Staatssekretär des Innern und der preußische Handelsminister, und Reichstagsabgeordnete; eine kleine und kluge Rebe des neuen Ministers für Sozialpolitik v. Bethmann-Hollweg. Ansprüchen von Vertretern der konservativen Partei, der Reichspartei, der National-Liberalen, der Wirtschaftlichen Vereinigung und des Zentrums, sowie der Gesellschaft für Soziale Reform und des Berliner Ortsausschusses; ein Begrüßungsdelegat am den Kaiser, auf das alsbald eine sehr freundliche Antwort einließ: — dies alles gab eine stimmungsvolle Einleitung der Verhandlungen. Die Referate lagen in den Händen tüchtiger Fachleute, die Debatte war belebt. Hatte man vor vier Jahren in Frankfurt die großen Grundfragen des Arbeiterschutzes vorangestellt, so handelte es sich diesmal vorrangig um Forderungen des Arbeiterschutzes: Arbeiterschutz in der Schwerindustrie, Sonntagsruhe, Arbeitseinstufung. Daneben in Berichten über die Tätigkeit des Ausschusses und über die allgemeine sozialpolitische Lage, Rücksicht und Ausblüte von hohem Wert. Der zweite deutsche Arbeiterkongress hat aufs neue gezeigt, wie gute energische Vertretung der Arbeitersforderungen mit bürgerlicher, monarchischer und religiöser Gesinnung vereinbar ist. Es steht, trotz vieler Mängel und Schwächen, die ihren Führern sehr wohl bekannt sind, in der nationalen Arbeiterbewegung ein so gesunder und starker Geist, daß wir der weiteren Entwicklung mit guter Zuversicht entgegenblicken. Mit dem Maße ihrer Rechte wird auch das Bewußtsein ihrer Pflichten gleichen Schritt halten. Diese Arbeiter und Gehilfenchaft weiß, was sie dem Vaterland und dem Gemeinwohl schuldig ist. Mögen aber auch Regierungen und Parlamente, Unternehmer, Parteien und Bürgertum sich hier werden, was sie unserer Arbeiterschaft schulden. Es wäre höchst ein segensreiches Ereignis, wenn der zweite deutsche Arbeiterkongress die Einleitung zu einer fruchtbaren Epoche sozialer Reformen gäbe, die mit einem einheitlichen und freiheitlichen Vereins- und Versammlungsrecht, mit dem Ausbau des Arbeiterschutzes und der Errichtung von Arbeitseremoren anhebt und momentan die Positionsfreiheit bringt.“

Die „Kölner Volkszeitung“ (Nr. 922) schreibt:

„Der Berliner Kongress der christlich-nationalen Arbeiterschaft darf als in jeder Richtung gelungen bezeichnet werden und berechtigt zu den schönsten Hoffnungen für die Zukunft. Um die Bedeutung eines solchen Kongresses recht zu würdigen, muß man sich um zehn Jahre zurückversetzen, wo man eine christliche Gewerkschaftsbewegung kaum kannte, wo alles noch verschwommen und unklar war. Im Jahre 1897 hätte sich der Kölner Optimist nicht träumen lassen, daß man im Jahre 1907 eine solche Verhandlung treffen könnte. Die christlichen Gewerkschaften bildeten das Bildungsrat des Berliner Kongresses, aus dem über eine Million deutscher Arbeiter vertreten waren. Von den nicht-sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen isoliert wie die Hirsch-Diederischen Gewerkschaften waren; sie hatten jedoch 1903 in Frankfurt nicht mitgemacht. Fr. v. Berlepsch, der sie nun heranziehen wollte, vermittelte vergebens, die Hirsch-Diederischen Vereine haben Bedingungen gestellt, die recht anspruchsvoll — freimüdig sind; der ganze Kongress sollte sich nämlich nach ihren Erfahrungen ummodeln. 10 Prozent wollten den anderen 90 Prozent die Klartheit vorwerfen. Der Kongress in seiner übertriegenden Weichheit hat diese Zustandungen zurückgewiesen.“

Es ist schon ein großer Erfolg, daß ein solcher Kongress der verschiedenen Richtungen innerhalb der christlich-nationalen Arbeiterschaft überhaupt stattfinden konnte. Besonders erstaunlich war die Einigkeit zwischen den konfessionellen (katholischen und evangelischen) Arbeiterschaften, fast nie kam es zu einer Zusammenstoß, wenn solche zusammenkamen, vollzogen sie sich mit zärtlichen Vertretern der Berliner Fachabteilungen und der christlichen Gewerkschaften, wobei ersteren nicht besonders gut abgesprochen haben; was kein Rädern fehlt, war Stärke und Konsequenz.“

Der Kongress zeitigte im klügsten nach der Richtung eines großen Fortschritts, das ausgezeichnete Resultate geholt wurden und die Disposition sehr sachlich blieb. Da war kein Phrasentum zu finden, jeder hielt sich freig am sein Thesen; die Radikale rumpfen, was sie wollen, und das alles sind einfache Arbeiter, sein einziger Radikaler sprach: das war ein Arbeiterkongress.“

Der „Frankfurter Kurier“, das nationale Organ für Frankfurt a. M., urteilt:

„Die Verhandlungen des Berliner Kongresses haben gezeigt daß mit allem Recht und ohne viel Mühe Amtnahme die Forderungen der Arbeiterschaft auf Sicherstellung des Arbeiterschutzes Gewährleistung des Sozialstaates im vollen Umfange Errichtung von Arbeitseremoren usw. auch von den nichtsozialdemokratischen Tei-

lern bestimmen der Reichsstände wie z. B. in der Vergewerkschaftung energischen Ausdruck zu verleihen. Wenn aber heute die sozialdemokratische Presse den nationalen Arbeitern zufügt: „Was habt ihr seit Frankfurt von euren Forderungen erreicht?“ so fällt doch gewiß der Vorwurf der mit dieser Frage erhoben werden soll nicht auf diejenigen welche diese Forderungen vertreten haben. Oder hat vielleicht die Sozialdemokratie seit diesen vier Jahren mehr erreicht? Die veränderte politische Situation im Reiche darf Gewähr dafür sein daß auf dem Gebiete der Sozialpolitik ein etwas rascheres Tempo eingeschlagen wird.“

Die Nationalliberale Korrespondenz bringt ein bemerkenswert freundliches Urteil über den Arbeiterkongress:

„Es handelt sich — das wolle man nicht übersehen — um einen ausgesprochenen Arbeiterkongress. Diese christlich-nationalen Arbeiterbewegung hat wenn sie auch nicht ohne Rücksicht und Hilfe von Männern aus höheren Ständen aufwuchs (das wird nie der Fall sein und nie sein können) je und je es abgelehnt, sich von entgleisten oder skrupellos ehrgeizigen Abkömmlingen der Bourgeoisie ihre Artikel schreiben und ihre Reden halten zu lassen. Auch auf der letzten Berliner Tagung haben von den Begrüßungsansprachen abgesehen ausschließlich Arbeiter gesprochen. Die aber reden nun einmal anders wie große Handelscherrn oder Leute die schon im Suchsenjenseit der Spaden zusammennehmen lernten. Eine Million Arbeiter die mit aller (für Angehörige liberaler Berufsschichten vielleicht zu stark) Energie für die Forderungen ihres Standes eintraten; die daneben fest in väterländischer und religiöser Gesinnung wurzeln; die Tag im Tag inmitten einer sozialdemokratischen Umgebung ihre Sonderart und ihre Ideale zu verteidigen haben; die's gegen Spott und Anfeindung auch tun und dennoch forschreiten sind keine alltägliche Erscheinung in unserem politischen und gesellschaftlichen Leben. An ihr wird der ernste Vaterlandsfreund schwerlich mit der nachgerade ein wenig wohlheil gewordenen Phrase vorüberkommen, daß alles, was nach der Richtung geschehe, schließlich nur der Sozialdemokratie zugute kommt.“

Im „Reich“ schreibt Herr Litz. Mumml u. a.:

„Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt!“

Das war der Schlusshörde des christlich-nationalen Arbeiterkongresses.

Es handelt sich jetzt um die innere Einigung Deutschlands!

In unendlicher, verzehrender Arbeit, von der kein Fernscheinender eine Wahrung hat, ist eine starke christlich-nationalen Arbeiterbewegung geworden. Gott hat ein Feuerstein gegeben über Mitten und Bersten.

Gewaltig ist die Verantwortung, die nun, wie auf den Trägern der Bewegung, auch auf der deutschen Nation lastet. Die Krise ist da. Alles deutet darauf, daß es eine Krise zur Grundung ist. In der Spitze stehen Männer, die schlichte und ehrliche Sachwalter des arbeitenden Volkes sind, die ihre Laien beugen vor Gott und aufrecht stehen vor den Mächtigen der Erde. Und Kaiser und nationale Parteien insgesamt erkennen die Bewegung freudig an.

Es ist eine große Stunde in unserm Volksleben!“

Die nationalliberale „Frankf. Ober-Zeitung“ läßt sich in recht anerkennendem Sinne wie folgt vernehmen:

„Schon die Anwesenheit des Staatssekretärs auf dem Kongresse deutete an, wie wohlwollend die Regierung den sozialpolitischen Bestrebungen der nationalen Arbeiterschaft gegenüberstand. Das war bisher des Landes nicht der Brauch gewesen. Unternehmerverbände, agrarische Corporationen hatten ab und zu sich des Besuches von Exzellenzen zu erfreuen gehabt. Wenn Arbeiter zusammenkamen, traf statt der geladenen Minister gewöhnlich ein Schreiben ein, mit dem Zusatz des Bedauerns, daß die geschäftlichen Dispositionen leider eine Besichtigung gerade dieses Kongresses unmöglich machen. Das hat häufig zu Recht Missstimmung erregt und da versteht, wo die modernen Arbeiter am leichtesten getroffen werden: in ihrer alltäglichen Empfindlichkeit gegenüber (wirklicher oder vermeintlicher) schlechter Behandlung und unbegründeter Misshandlung ihrer Organisationen. Bethmann-Hollwegs programmatische Verzettungen umschrieben die Stellung der Reichsregierung ebenso klar wie eindrücklich.“

„Man kann es mit aufrichtiglich bedauern, daß infolge jahrelanger Einigkeitlichkeit mancher Kreise, die diesmal besonders um Mumml und die Christlich-Sozialen herum zu suchen sind, auch hier keine Einheit zu finden vor, und es muß unter solchen Umständen sonderbar berühren, daß in so tollen Tönen von der Vertreibung der christlichen und nationalen Arbeiterschaft auf diesem Kongress gesprochen wird. Dies ist es nicht und kann es auf dieser Grundlage nicht werden, wie denn überhaupt über der ganzen sogenannten christlich-nationalen Arbeiterbewegung nicht ein laufender Himmel sitzt zeigt, daß der Verantwortlichkeit und Einigkeitlichkeit unter der diese ganze Gruppierung mehr und mehr zu leben hat. So wird man zwar nicht mit offenen Augen bewerten die Verhandlungen beginnen dürfen, anderseits aber ist es doch wahrhaftig, den jetzt vertretenen 1120 000 Arbeitern und Angehörigen mit ihren Familien und Kindern eine rechte Interesse zu zugeschreiben, denn gerade für diesen Bereich haben diese Jungen eindeutige Bedeutung.“

Auf konserватiver Seite findet sich meist:

Berständigkeit. Die „Dresdner Wochenschreiber“:

„Auf der anderen Seite darf man aber nicht zu ungeheuer mit der raschen Bildung eines absäßigen Urteils, wie einmal „im Raum, wo sich hart die Sachen stoßen“, einem einzelnen Streitfall auch auf Seiten der nationalen Arbeiterschaft scharfe Worte fallen. Ebensoviel darf nicht den Stab brechen, wenn hier und da nationale Arbeiterorganisationen Seite an Seite mit der Sozialdemokratie einen Streit führen. Bei den wirtschaftlichen Kämpfen läßt sich nicht immer jedes Wort so genau derselb und abwägen, daß es parlamentarisch einwandfrei ist, und der Streit, der als wirtschaftliches Kampfmittel natürlich auch der nationalen Arbeiterschaft nicht verweichen kann, bringt unter Umständen die Notwendigkeit eines teilweisen Zusammengehangs mit der Sozialdemokratie mit sich, wie das beispielweise bei dem letzten Ausstand Stuhz-Revier der Fall war. Selbst in solchen Fällen aber ist zwischen der Lendenz des Streits hilflos und drüben ein sehr wesentlicher Unterschied. Die Sozialdemokratie benutzt ihn als politisches Kampf- und Verhängsmittel, als „Kampfprobe“, während die nationale Arbeiterschaft, wenn anders ihren Grundzügen treu bleibt, ihn niemals leichtfertig aus politischen Gründen entschafft, sondern zu die letzten Waffen mit im wirklich äußersten Notfalle aus wirtschaftlichen Gründen greifen wird, und außerdem dann, um möglichst rasch zu einem ehrenvollen Frieden zu gelangen.“

Es sind jedenfalls wirkliche Arbeiter, die jetzt in Berlin versammelt sind, nicht Advoleten, Gastwirte, Akademiker und Berufsparlamentarier, die sich in der Sozialdemokratie als Vertreter der „Arbeiterschaft“ aufspielen. Mit ihnen läßt sich auch auf bürgerlicher Seite vernünftig bispielen, und wenn sich über Forderungen, wie weiterer Ausbau des Koalitionsrechts und Arbeitskammerrechte, Meinungsverschiedenheiten ergeben, so sind diese ausgleichbar auf der Grundlage des gemeinsamen Staats- und Gesellschaftsbegriffs, der beide Teile verbindet. Immer aber muß daran festgehalten werden, daß, wenn fruchtbare Ergebnisse für den sozialen Frieden erzielt werden sollen, Entgegenkommen auf beiden Seiten, auch von den Arbeitgebern, geübt werden müssen.“

Dem „Berliner Tageblatt“ ist der ganze Arbeiterkongress höchst fatal, da seine Schülzlinge, die Hirsch-Diederischen, den Anschluß verpaßt haben. Und doch muß es schließlich schreiben:

„Wer wir erkennen geruhen an, daß sich der zweite Arbeiterkongress noch immer viel besser gehalten hat, als wohl manche seiner Gründer von ihm erwartet hatten. Der Kongress sollte als ein „Sprengpulver“ in der Arbeiterbewegung wirken, aber er hat sich eigentlich mit den übrigen Arbeiterorganisationen in Reich und Ostland gestellt. Vor allem hat er sich gegen die lutherischen „gelben Gewerkschaften“ ausgesprochen, an die man wirklich weder Zeit noch Geld verkehren sollte, da sie totgehören sind. Jurowitz hat auch der „christliche“ Arbeiterkongress die Freundschaft fördern helfen, daß selbst durch die schlaue Taktik die Sozialdemokratie nicht überwunden werden kann. Erst wenn man den Arbeitern den Aufenthalt im Gegenvorwerkstatt erträglich gemacht hat, werden sie die Phantasie vom Zukunftstaate tüchtlich überwinden.“

Die „Kölner Zeitung“, das der Großindustrie nahestehende Organ, widmet dem Kongress sowohl beim Zusammentritt wie nach Schluss der Verhandlungen je einen längeren, sachlich gehaltenen Leitartikel. Diesem herbortagenden Unternehmerorgan will die Abfrage an die gelben Gewerkschaften nicht gefallen, auch die Stellung des Kongresses zur Hirsch-Diederischen Richtung wird kritisiert, tm allgemeinen aber die Bedeutung des Kongresses und der hinter ihm stehenden Bewegung vollauf gewürdigt. Wie nach der Duisburger Hüttenerbeiter-Konferenz, so meint die „Kölner. Bltg.“ auch jetzt noch, daß dem Referenten Wieber der Beweis für die Durchführbarkeit der Achtstundenschrift im Hochofenbetrieb nicht gelungen sei. (Wenn der betr. Mitarbeiter der „Kölner. Bltg.“ das soziatisch niedergelegte Referat Wiebers genau studieren wird, muß er zu der gegenteiligen Ansicht gelangen. Red.) Dann schließt die „Kölner. Bltg.“ ihr Resümee mit folgenden Sätzen:

„Aus allem geht klar hervor, daß der Berliner Kongress bedeutungsvolle Fragen von neuem in den Vordergrund der öffentlichen Erörterung gestellt hat. Auch wenn man mit vielen Reden und Beschlüssen nicht einverstanden sein kann, so ist es doch mit Genugtuung zu begrüßen, daß auch hier rege Mitarbeit und lebhafte Interesse an den beaufsichtigten Fragen unseres wirtschaftlichen und nationalen Lebens sich befindet haben. Heute haben wir Nationen, bei denen alle Kreise des alltäglichen Erwerbs- und Berufslebens in stetigen Ringen um die möglichste Förderung ihrer eigenen Interessen und damit gleichzeitig die Interessen ihrer Volksgenossen und der bürgerlichen Gesellschaft sich messen, Platz an der Sonne.“

Einen ähnlichen Standpunkt nimmt auch die „Heinrich-Weltliche Zeitung“, das Organ der Schleier- und Stahlwirte des Stuhzreviers, ein. Die Abfrage an die Gelben sind in ihren Augen „überzeugende und tatsächlich urklinige Vorläufe“; ebenso wichtigt dieses Organ eine Verständigung mit den Hirsch-Diederischen. Zur darüber urteilt das Blatt folgendermaßen:

„Man konnte in Frankfurt am Main noch im Zweifel sein ob die fünf zusammengefügten Arbeiterschaften, die damals zusammengetreten den Namen „nationaler Arbeiterkongress“ wirklich vertraten. Denn ihre Kritik war so zugeschnitten ihre Forderungen schienen fast so maßlos wie die der Sozialdemokratie; man könnte es daher

zu Vorträgen der Aufsichtsräte angesehen wurden. Erfreulicherweise haben sich die nationalen Arbeiter inzwischen besser Selbstzucht gewöhnt. Auch der Ort ihrer diesjährigen Zusammenkunft Berlin, die Hochburg der Sozialdemokratie scheint ihnen das nationale Verantwortungsgefühl geschätzt zu haben.

Und zum Schluss heißt es:

Zur Klärung der Sachlage muß noch einmal ausdrücklich betont werden: die Arbeitgeber können und wollen die Organisation ihrer Arbeiter nicht verhindern. Soweit sie sich im Rahmen einer verantwortlichen Wirtschaftspolitik einer angemessenen Vertretung berechtigter Interessen hinstellen die Unternehmer darin sogar die Möglichkeit nationalen und politischen Fortschritts. Ob diese Entwicklung auch wirtschaftlich günstig beurteilt werden kann hängt von dem Grade der Einsicht ab womit die Notwendigkeit der Solidarität zwischen Arbeitern und Unternehmen von den Arbeitern erkannt und zur Grundlage ihrer künftigen Forderungen gemacht werden wird. Bezuglich solcher Forderungen müssen die Arbeitnehmer noch mehr erkennen, daß ihre Bewilligung in sehr vielen Fällen nicht in der Macht des Arbeitgebers steht daß Notwendigkeiten der allgemeinen Wirtschaftslage auch auf die größten Unternehmer zwingend drücken. Einsichtlose Auslehnung kann dann die Sachlage nur verschärfen und verschlechtern. Wir glauben den Kongress der nationalen Arbeiter auf dem Wege zu solchem Solidaritätsgefühl und hoffen im Geheimtrefse der Industrie daß sie ihn nicht billigem Besuch der Radikalen zuliebe wieder verlassen.“

## Aus der Montanindustrie.

**Vereinigte Stahlwerke von der Böhmen und Wissener Eisenhütten A.-G.**, Hauptbetrieb in Köln-Dünn, haben einen äußerst günstigen Jahresabschluß für das verflossene Geschäftsjahr aufzuweisen. Der erzielte Rohgewinn beträgt einschließlich 253 588 Ml. Vortrag aus dem vorletzten Jahre im ganzen 3 713,903 Ml. gegen 2 493,411 Ml. im Jahre vorher. Nach reichlichen Abschreibungen — darunter 100 000 Ml. für Hochfenneuanlagen — verbleibt nach einem Reingewinn von 2 420,345 Ml. (im Vorjahr 1 405,654 Ml.), wovon 1 600 000 Ml. über 16 Prozent Dividende an die Aktionäre zur Verteilung gelangen, während im Jahre vorher 13 Prozent Dividende verteilt wurden. Von dem Rest sollen zur Ausstattung des Ruhegehalts- und hinterbliebenenbestandes 100 000 Ml. zu Belohnungen 30 000 Ml. und 690 345 Ml. als Vortrag auf neue Rechnung Verwendung finden. — Die Aussichten für das neue Jahr werden als günstig geschildert. Schon die beiden vorliegenden Monate Juli und August liefern einen Überschuß von 650 000 Ml., das heißt 250 000 Ml. mehr, als die entsprechenden Monate des Vorjahres. Wenn also nicht eine Verschärfung der Marktlage eintrete, seien die Erwartungen gut. — Und die Erwartungen der Arbeiter?

**Das Eisen- und Stahlwerk Hoesch A.-G. in Dortmund**, hat ebenfalls ein erfreuliches Geschäftsjahr hinter sich. Im Verlauf des großkapitalistischen Bestrebens, auch den Handel vollständig aufzusaugen, errichtete dieses Werk die Dortmunder Eisenhandlung, G. m. b. H. Ferner wurde der Lütticher Fabrik- und Hüttenverein von Hoesch angekauft und dadurch das Aktienkapital von 15 Millionen auf 16 800 000 Ml. erhöht. Nach Abbuchung von 1½ Millionen für Umbau und Verlegung von Werksanlagen und den regelmäßigen Abschreibungen verbleibt ein verfügbarer Reingewinn von 4 486 690 Ml., der in folgender Weise Verteilung finden soll: 18% Dividende auf Ml. 15 000 000 ist 2 700 000 Ml. (im Vorjahr 15% ist Ml. 2 250 000), Gewinnanteile Ml. 263 078 (Ml. 195 852), zur Beamten-Ruhegehaltskasse Ml. 150 000, zur Arbeiter-Invaliden-, Witwen- und Waisen-Unterstützungskasse Ml. 300 000, zum Dividenden-Ergänzungsfond Ml. 500 000, (Ml. 500 000), Vortrag auf neue Rechnung Ml. 573 612 (Ml. 298 212). Die Hoesch-Aktionäre können mit einem solchen Goldsegen zufrieden sein, — und was haben die Arbeiter von diesem fetten Jahre mitbekommen? Rüggen sich die Arbeiter bei Hoesch diese Frage selbst beantworten.

Die Deutsch-Oesterreichisch-Mannesmann-Hrenwerte in Berlin und Düsseldorf haben ihren Umsatz von 35 104 644 Ml. im Vorjahr auf 43 526 329 Ml. im letzten Geschäftsjahr gesteigert. Der Rohgewinn beträgt 9 524 827 Ml. (im Vorjahr 7 663 132 Ml.). Nach Abzug der Unkosten, Zinsen und beträchtlichen Abschreibungen beträgt der verfügbare Reingewinn 3 837 335 Ml., der sich durch den Gewinnvortrag aus dem Vorjahr auf 3 951 228 Ml. erhöht. Daraus sollen 5%, ist 191 856 Ml., der gesetzlichen Abgabe und 250 000 Ml. (150 000 Ml.) dem Beamten-Ruhegehalts- und dem Arbeiterunterstützungsfond übertragen werden, 500 000 Ml. für den weiteren Ausbau der Welt auszuholen zurückgestellt werden, 1 2% Dividende (gegen 5% im Vorjahr) an die Aktionäre mit 100 000 Ml. verteilt und an Vergütungen an den Aufsichtsrat 89 745 Ml. gezahlt werden. Der Rest von 203 588 Ml. wird auf neue Rechnung vorgehalten. Neben dem gegenwärtigen Geschäft-

gang wird mitgeteilt, daß die Werke der Gesellschaft nach wie vor voll beschäftigt seien, und der Bestand an Aufträgen am 1. Oktober höher gewesen sei, als am gleichen Tage des Vorjahrs. Der Eingang neuer Aufträge sei auch befriedigend.

Die **Vitsmarthütte in Oberfleissen** erzielte einen Gewinn von Ml. 4 805 421 (gegen Ml. 3 324 480 im Vorjahr). Dabei sind die Erträge aus dem in der Auflösung befindlichen Eisen- und Stahlwerk Bethlen-Falva, Altengesellschaft nicht berücksichtigt. Der auf den 16. November d. J. einzubezahlende Hauptversammlung wird die Verteilung einer Dividende von 25% auf ein Aktienkapital von Ml. 8 800 000 und von 12½% auf Ml. 1 200 000 vorgeschlagen werden, (gegen 22% auf Ml. 6 000 000 im Vorjahr). Die Abschreibungen betragen Ml. 1 800 000 (Ml. 1 600 000). Der nach der Bewilligung von Belohnungen an Beamte und Zuwendungen an die Beamten- und Arbeiter-Ruhegehaltskassen, Wohlfahrtszwecke und nach Abzug der Gewinnanteile verbleibende Vortrag auf neue Rechnung beträgt Ml. 143 563 (Ml. 29 284). — Hätte der Aufsichtsrat bei diesem Riesengewinn nicht auch eine Erhöhung der Arbeitnehmerlöhne beschließen können?

**Das Westdeutsche Eisenwerk A.-G. in Kray** bei Essen an der Ruhr bemerkte in seinem Geschäftsbericht, daß die Ergebnisse die Erwartungen übertroffen hätten. Der Abschluß für das verflossene Geschäftsjahr ergab einen Betriebsgewinn von 1 067 842 Ml. (im Vorjahr 818 632 Ml.). Nach Abzug von 151 180 Ml. (97 050 Ml.) Unkosten und 173 362 Ml. (129 995 Ml.) Abschreibungen stellt sich der Reingewinn, zusätzlich 10 192 Ml. (20 870 Ml.) Vortrag, auf 753 543 Ml. (611 856 Ml.). Für denselben wird folgende Verwendung vorgeschlagen: Rücklage 44 400 Ml. (30 600 Ml.), Sonderrücklage 50 000 Ml. (75 000 Ml.), Gewinnanteile 102 054 Ml. (76 063 Ml.), Beamtenunterstützungs- und Versorgungskasse 5000 Ml. (wie im V.), Unterstützung von Arbeitern und Beamten 40 000 Ml. (wie im V.), 20% (15%) Dividende gleich 500 000 Ml. (375 000 Ml.) und Vortrag 12 088 Ml. (10 192 Ml.). Mit dem Sprung von 15 auf 20% Dividende werden die Aktionäre geziert zu ziehen sein können. Ob die Arbeitslöhne auch dementsprechend gestiegen sind?

**Die Kalker Werkzeugmaschinenfabrik, Breuer, Schumacher & Co., A.-G. zu Kalk bei Köln a. Rh.** ist ebenfalls in der angehenden Lage, über ein ergebnisreiches Geschäftsjahr berichten zu können und bezeichnet auch die Aussichten für die Zukunft als durchaus günstig. Der Reingewinn des am 30. Juni beendigten Rechnungsjahres beträgt Ml. 729 660 (im Vorjahr Ml. 628 348). Zu Abschreibungen wurden Ml. 254 587 (Ml. 228 063) bestimmt, sodaß ein Reingewinn von Ml. 475 073 (Ml. 400 285) verbleibt; dazu tritt der Gewinnvortrag des vorigen Geschäftsjahrs von Ml. 175 454 (Ml. 166 219), zusammen Ml. 650 527 (Ml. 566 504). Der Rücklage sollen Ml. 23 754 (Ml. 20 014) zugewiesen, eine Dividende von 10% ist Ml. 360 000 (9% ist Ml. 324 000) verteilt, zu Gewinnanteilen Ml. 54 490 (Ml. 47 036) benutzt und auf neue Rechnung Ml. 212 284 vorgetragen werden.

Der Jahresabschluß der **Maschinenbau-Unternehmenshumboldt in Kalk** weist, nach Deckung der Unkosten und der ordentlichen Abschreibungen in Höhe von Ml. 779 117 (im Vorjahr Ml. 479 085), einen Reingewinn von Ml. 1 879 072 (Ml. 1 441 951) auf. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, der am 14. Dezember stattfindenden Hauptversammlung vorzuschlagen, aus dem Reingewinn dem Unterstützungsbestand Ml. 10 000 (Ml. 9123) zuzuwenden, dem Vorstand für Belohnungen und Unterstützungen an Beamte, Meister, Arbeiter, Witwen und Waisen, sowie für besondere Wohltätigkeits- und gemeinnützige Zwecke Ml. 100 000 zur Verfügung zu stellen, ferner eins an die Aktionäre sofort zahlbare Dividende von 8% (7½% im Jahre vorher) auf das Aktienkapital von Ml. 10 500 000 zur Verteilung zu bringen und den alsdam verbleibenden Rest von Ml. 493 058 (Ml. 147 879) auf neue Rechnung vorzutragen.

**Die Westfälischen Drahtwerke in Werne** bei Langendreer haben auch im verflossenen Geschäftsjahr wieder einen sehr günstigen Abschluß zu verzeichnen. Der Rohgewinn beträgt 1 669 509 Ml. (im Vorjahr 1 499 637 Ml.). Nach Abzug aller Unkosten und Abschreibungen verbleibt ein Reingewinn von 1 411 366 Ml., wovon wieder wie im Vorjahr 2 8% Dividende zur Verteilung gelangen. Dem Arbeiterunterstützungsfonds werden 14 095 Ml. (im Vorjahr 20 000 Ml.) zugewiesen und 196 933 Ml. auf neue Rechnung für das laufende Jahr verbraucht. — Wie winzig nimmt sich hier die für den Arbeiterunterstützungsfonds bestimmte Summe gegenüber dem Riesengewinn aus. Trotzdem sind es „Wohlfahrten“ und viele Leute glauben daran.

**Die Charlottenhütte A.-G. in Niederscheld** kann in ihrem Jahresbericht über ein gutes Geschäftsjahr berichten. Das Aktienkapital wurde um eine Million erhöht und beträgt nunmehr 4 047 000 Ml. Der Rohgewinn der Gesellschaft beträgt 1 063 139 Ml., dazu aus dem Verkauf der Einzelhütte 35 204 Ml. zusammen 1 098 343 Ml. I

Der Aufsichtsrat schlägt eine Verteilung von 10 Prozent Dividende vor. Das Werk ist noch gut beschäftigt und mit Aufträgen bis zum Schluss des Kalenderjahres versehen.

**Die Bergbau- und Hütten-A.-G. Friedrichshütte in Herborn** nahm in ihrer kürzlich stattgefundenen Generalversammlung einstimmig und ohne Erörterung den Geschäftsbericht entgegen, stimmte den Vorschlägen der Verwaltung bezüglich der Gewinnverteilung zu und setzte demgemäß die sofort zahlbare Dividende auf 16 Proz. fest. Bezüglich der Aussichten führt Direktor Emil Eisenberg (Wehbach) aus, daß das Unternehmen einstweilen noch gut beschäftigt sei. Für die nicht sindizierten Erzeugnisse hätten zwar die Preise stark nachgegangen; die Gesellschaft habe aber bezüglich dieser Erzeugnisse noch eine Reihe guter Wohlslüsse zu den älteren, besseren Preisen vorliegen. Über die weiteren Aussichten ließen sich schwer bestimmte Angaben machen.

**Die A.-G. Eisenindustrie zu Minden und Schwerter verzeichnet** einen Reingewinn von Ml. 626 555 (Ml. 391 699). Der Aufsichtsrat beschloß, der einzuberuhenden Hauptversammlung vorzuschlagen, aus diesem Gewinn eine Dividende von 8 Proz. (6 Proz.) zu verteilen, die Sonderrücklage durch Zuweisung von Ml. 58 378 (0) auf Ml. 100 000 zu erhöhen und Ml. 28 109 (Ml. 14 873) auf neue Rechnung vorzutragen.

**Das Schwemmer Eisenwerk Müller u. Co., A.-G. in Schwelm i. W.** weist einen Rohüberschuss auf Betriebs-Rechnung von 426 402 Ml. (gegen 365 842 Ml. im Vorjahr) auf. Nach Berechnung der Unkosten und Vornahme von Abschreibungen in der Höhe von 73 829 Ml. (70 739 Ml.) verbleibt, einschließlich des Vortrages aus dem Vorjahr, ein Reingewinn von 260 121 Ml. Nach den üblichen Abschreibungen und Rücklagen sollen 150 000 Ml. oder 10 Prozent Dividende zur Verteilung gelangen.

Bon weiteren Abschlüssen resp. Vorschlägen der Verwaltungen oder Aufsichtsräten seien dann noch folgende verzeichnet:

1905/06 1906/07

	%	%
Werkzeugmaschinenfabrik Gildemeister & Co., A.-G. in Bielefeld	6	8
Fabrik für Eisenbahnbetrieb, Brenne, Hangarter & Co., A.-G. in Haspe	8	12
Hagener Gußstahlwerke A.-G. in Hagen	5	5
Gasmotoren-Fabrik Deutz	6	6
Volle, Zellerling & Co., A.-G. in Venrath bei Düsseldorf	8	9
Alexanderwerk A. von der Nahmer, A.-G. in Remscheid	7	6
Eichweller-Ratinger Maschinenbau A.-G. in Eichweller-Aue	0	6
Stahlwerk Rich. Lindenberg, A.-G. in Remscheid (Vorzugsaktien)	9	9
Geisweider Eisenwerke A.-G., Vorbesitzer J. H. Dresler in Geisweid (Vorzugsaktien)	18	16
(Stammaktien)		
Weiersberg, Kirchberg & Co., A.-G. für Waffen und Fahrradteile in Solingen	6	6
Baroper Maschinenbau A.-G. (Vorzugsaktien)	0	12
(Stammaktien)	0	6
Maschinenfabrik Deutschland, A.-G. in Dortmund	12	18
Stahlwerke Detting, A.-G. in Düsseldorf	10	10
Siegen-Sollinger Gußstahl-Aktien-Verein in Solingen	5	8½
Karl Berg, A.-G. in Evingen i. W.		8
Chemische Fabrik vorm. Geolin, A.-G. in Düsseldorf	12	12
Eisengießerei und Schloßfabrik, vorm. Gebrüder Jüdlich in Velbert	7	7
Neuwalzwerk, A.-G. in Höasperde i. W.	7½	9
Chemische Fabrik Hönningen, vorm. Bätherfeld & Co., A.-G. in Hönningen am Rhein	10	10
Vogt & Wolf, A.-G. in Gütersloh i. W.	11	12
Köln-Wissener Bergwerks-Aktien-Verein in Kreuztal (Kreis Siegen)	9	9
Düsseldorfer Eisenbahnbetrieb normalis R. Weyer & Co., A.-G. in Oberbilk	19	22
Schlossföhr A.-G., vorm. W. Schulte in Schlagbaum bei Velbert	8½	10
Eisenwerke Gaggenau, A.-G.	8	6½
Düsseldorfer Röhrenindustrie in Düsseldorf-Oberbilk		15
Vereinigte Silberwarenfabriken, A.-G. in Düsseldorf	4	4
Witterer Stahlrohrwerke, in Witten a. d. Ruhr		23
		25

# Der Verband christlicher Eisen- und Metallarbeiter Österreichs.

In Österreich wurde die erste christliche Metallarbeiterorganisation in Wien und zwar im Dezember 1902 gegründet. Damals fehlte in Österreich noch vielfach das Verständnis für eine christliche Gewerkschaftsbewegung. Andererseits bemächtigten sich bald nach der Gründung der jungen Organisation Elemente, die sich jedes Vertrauen verwirrt hatten und die Folge war, daß die Entwicklung des Verbandes keine erfreuliche war. Nach einigen Erfolgen ging die Mitgliederzahl, die bereits einige Hundert erreicht hatte, wieder stetig zurück und war anfangs 1906 auf etwa 20 gesunken.

Die damals neu gegründete christliche Gewerkschaftsmission für Niederösterreich nahm nun die Neubelebung der Metallarbeiterorganisation in die Hand und bald entwickelte sich eine rege Tätigkeit in dem Verbande, der nun auch nicht mehr wie früher gegen die übrigen Verbände ausgespielt werden konnte.

Heute zählt der christliche Metallarbeiterverband in 28 Ortsgruppen 1300 Mitglieder. Diese Mitglieder verteilen sich auf Niederösterreich (Wien, St. Pölten, Herzogenburg, Traisen, Waidhofen a. d. Th., Rosenau a. S.), Oberösterreich (Steyr, Eferding, Steinbach, Reichraming, Wels, Schärding, Linz), Steiermark (Douauff), Böhmen (Eger, Georgswalde). Tirol (Bozen) und Schlesien (Bielsch). Verbandsorgan ist der „Christliche Gewerkschafter“, da ein eigenes Fachorgan noch nicht besteht. Der Wochenbeitrag beträgt für männliche Mitglieder 35 und 45 Heller, für weibliche Mitglieder 26 und 36 Heller. Hierfür erhalten die Mitglieder das Verbandsorgan, Rechtschutz, Arbeitsnachweis, Reiseunterstützung, Arbeitslosenunterstützung (8 resp. 4 Kr.), Streif- und Gemahleunterstützung (14 resp. 7 Kr.). Trotzdem der Verband erst seit kurzer Zeit wieder in Funktion ist, war der selbe schon an zahlreichen Erhebungsbewegungen beteiligt. Eine Kraftprobe war für den noch kleinen Verband der Lohnkampf, den derselbe im Herbst des vorigen Jahres (nach halbjährigem Bestehen) in Wieselburg auszufechten hatte, und der mit einem glänzenden Erfolg endete. Insgesamt wurden bisher an Streifunterstützung 6500 Kr. ausbezahlt.

Agitatorisch ist der Verband, dessen Obmann Kollege A. Wernerisch ist, sehr rührig. Seit kurzem hat der Verband in dem rührigen Sekretär Kollegen F. Kraus eine freigestellte Kraft und steht zu hören, daß die günstige Entwicklung auch in der Zukunft erhalten wird. Das Feld ist aber auch noch ein sehr großes. Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband, der seit Jahrzehnten tätig ist, hat es Ende 1906 auf 53023 ( davon in Wien allein 22 838 ) Mitglieder gebracht. Das sind aber kaum 25 Prozent aller in Österreich organisierten Metallarbeiter. Wenn da tüchtig zugegriffen wird, kann noch sehr viel für den christlichen Verband geholt werden. Insbesondere wäre es erwünscht, wenn alle nach Österreich reisenden Kollegen des deutschen Reiches sich mit der Zentrale in Verbindung setzen würden. Alle Zuschriften dieser Art werden erbeten an Kollege Franz Kraus, Wien XIV/2, Weiglgasse 13.

Sehr wünschenswert wäre auch der Abschluß eines Gegenzeitigkeitsvertrages zwischen den Verbänden in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Vielleicht könnte der deutsche Verband die bereits in Nr. 38 von dem schweizerischen Bruderverband gegebene Anregung aufgreifen.

Heute wird die Verbandsleitung der Festigung und dem inneren Ausbau des österreichischen Verbandes ihr größtes Augenmerk zuteilen. Die Wut der Gegner ist groß und sie scheuen kein Mittel, ja sie bringen die christlichen Arbeiter ums Brod, nur um ihnen die so verhaftete christliche Organisation unmöglich zu machen.

Aber auch die nationalen Beziehungen in Österreich sind für den Ausbau der Organisation jetzt schwierig. Der Verband kann seine Tätigkeit nur auf das deutsche Gebiet der Monarchie stützen, während die übrigen Gebiete vollständig verippt sind. Nicht daß es bei den anderen Nationen etwa an christlichen Elementen unter der Arbeiterschaft fehle. Einzig die französischen nationalen Kämpfe sind es, die die italienischen Kollegen dazu brachten, sich eigene Organisationen zu schaffen, die noch dazu sich nicht ausschließlich auf das gewerkschaftliche Gebiet beschränken. Jedenfalls werden die anderssprachigen Kollegen erst bittere Lehren empfinden müssen, bis sie einsehen werden, daß die Arbeiter in einem einheitlichen Staat wie Österreich gemeinsam vorgehen und in einer zentralen Organisation vereinigt sein müssen, wenn sie etwas erreichen wollen.

Giebt man noch die große Interessenlosigkeit, die gegenüber der christlichen Gewerkschaftsbewegung leider noch immer an vielen Orten herrscht, in Betracht, so muß anerkannt werden, daß die österreichischen Kollegen mit ungeheuerlichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Trotzdem werden sie

Kollegen aber alles tun, um diese Schwierigkeiten zu überwinden und es ist nicht zu zweifeln, daß unausgesetzte und fleißige Arbeit auch hier von großem Erfolg begleitet sein wird.

Sp.

## Le prix du pain dans la région industrielle de Lorraine.

Quelle ne fut pas la surprise de nos bons Hayangeois de voir des affiches posées à différentes boulangeries leur annonçant que le pain de six livres était augmenté de huit pfennigs, ce qui porte à 1 Mk. 04 le prix de la miche de six livres. Il y a deux mois à peine que l'on avait déjà fixé le prix de 88 à 96 pf. et tout le monde comptait en rester au moins la en attendant une baisse. Mais voilà que tous les boulangers de Knutange, Algrange etc ont d'un commun accord décidé cette augmentation très sensible.

Vis-à-vis de cette situation, quel sera le remède des grandes familles ouvrières usant de 8 à 10 livres de pain par jour? Le pauvre père de famille pourra porter toute sa paix au boulanger. Tous les commerçants semblent vouloir spéculer sur la masse des ouvriers, et ce sont les ouvriers qui sont forcer d'avaler la pilule.

La vie devient de plus en plus chère, nous arrivons peniblement à subvenir à notre famille. Telle est la réponse que nous donnent 90 sur 100 ouvriers. Les uns disent même: „On devient chaque jour plus pauvre“. Eh, bien, Camarades, employons les mêmes moyens que les commerçants, soyons unis, organisons-nous tous au Syndicat chrétien des ouvriers métallurgique, car c'est seulement le Syndicat qui peut améliorer notre situation. Camarades! ouvrons les yeux, élevons nos coeurs, jetons-nous avec ardeur dans le combat dans le mouvement chrétien et national des ouvriers, en faveur de notre droit et de notre bonheur. Voilà qui doit être le mot d'ordre pour chaque ouvrier, car notre époque demande à la classe ouvrière autre chose que des plaintes inutiles et des rêveries indifférentes. Pas découragement mais de l'action.

Seule l'organisation syndicale est capable de garantir à chacun secours et protection et de défendre les intérêts de la classe ouvrière toute entière. L'union des ouvriers exige impérieusement que personne ne se tient à l'écart, mais que tous y concourent.

Nos buts sont grands et sublimes, ceux que ce mouvement ouvrier chrétien et national s'est donnés pour tâches. Il veut sur la base de l'ordre actuel, civil et sociale, défendre les intérêts de la classe ouvrière.

Nos tâches sont civiques. Nous attendons le triomphe de notre cause, non de la ruine des autres classes, mais du passage sur le pont jeté sur les deux rives des oppositions économiques. Notre but est, et doit être, de mettre un cran d'arrêt au mouvement socialiste, en poursuivant la réforme sociale chrétienne. C'est pourquoi entrez dans l'organisation et développez y la vie sociale. Grand sont les tâches que la classe ouvrière doit remplir, nous les accomplirons en complétant notre éducation, et en gagnant des membres capables; alors nous pourrons envisager sans crainte les événements. Camarades! Souvenez-vous de la parole du grand Reichensberger: „La parole est puissante, l'écrire est plus puissant, mais le plus puissant sont les actes“.

Camarades! agissons conformément à ces paroles, alors en Lorraine aussi les ouvriers des forges jouiront de temps meilleurs. Camarades, nous voulons être un peuple de frères et nous voulons tous tenir ensemble dans le Syndicat des ouvriers en métal.

E. E.

## Soziale und gewerkschaftliche Rundschau.

### 3. Delegiertentag der christl. Gewerkschaften Schlesiens.

Unter großer Beteiligung aus allen Bezirken der Provinz tagte dieser am 13. Oktober in Oppeln. Vorau ging eine vom Präsidium einberufene, von circa 300 Personen besuchte Versammlung, in der Generalsekretär Stegerwald-Köln über „Die Bemühungen der christlichen Gewerkschaften für den Arbeitervaterland“ in eindrückender Weise referierte und die einen imposanten Berufsvorstand nahm. Die anwesenden Gegner hatten trotz wiederholten Aufrufes nicht den Mut zu einer Entgegnetzung und konnten den Leiter der Versammlung fordern, daß auch die Segnet mit den Ausführungen einverstanden waren.

So war je ein Beamter vor seinen Gewerkschaften und der katholischen Fachabteilung anwesend.

Nachmittags gegen 2 Uhr eröffnete im Hotel „Schwarzer Adler“ Gewerkschaftssekretär Gloger-Breslau mit einleitenden Begrüßungsworten die eigentlichen Verhandlungen. Anwesend waren Delegierte; als Vertreter des Gesamtverbandes Generalsekretär Stegerwald. Nach Bildung des Büros berichtete Gloger-Breslau über den 1. Punkt der Tagesordnung: Gegenwärtiger Stand und weitere Aufgaben unserer Bewegung in Schlesien. Vorau den sind 131 Ortsgruppen mit rund 7500 Mitgliedern. Die Tatsache, daß auf dem Delegiertentag 1905 nur 2300 Mitglieder vorhanden waren, muß ein Gefühl der Befriedigung erwecken. Fest steht nun in allen Teilen der Provinz gesetzt und wird siebenhaft an der Festigung der errungenen Positionen gearbeitet. Kartelle, deren 1905 drei bestanden, sind nun 11 vorhanden, und weitere Errichtungen folgen in Kürze. Ein größerer Teil der Kollegen ist nun auch fähig, agitatorisch tätig zu sein, nur muß die Scheu davor überwunden werden. Aber nicht nur ziffermäßig ist es voraus gegangen, auch in gewerkschaftlicher Betätigung unser Erfolg groß, sodass jeder Delegierte mit neuem Elan für die Ausbreitung unserer Bewegung arbeiten verpflichtet ist. Es folgte noch eine Befreiung der einzelnen Gebiete, in denen wir dieser oder jener Weise vorwärts müssen.

Bum zweiten Punkt der Tagesordnung: Die Aufgaben der Zahlstellen-Vorstände und Vertretermänner in der inneren Verwaltung und Agitation erstattete Kollege Müller-Reustadt das Referat. Fortschritte zu erzielen, ist vor allem nötig, da die vorbenannten sich bemühen, die Geschäfte der Zahlstellen tabellös zu erledigen. Dann kann an der freigestellte Beamte zum Zweck der Errichtung neuer Zahlstellen mehr entlastet werden. Nach Bekanntmachung der Aufgaben des Vorsitzenden, Kassierer-Schriftführers usw. wird auch auf Ausschaffung von Bibliotheken hingewiesen, damit intelligente gleiche Mitglieder Gelegenheit zur Weiterbildung erhalten und bei Unterrichtskursen das nötige Material zur Verfügung steht. Die Mittel hierzu anzubringen, muß die Kollegenschaft sich angelegt sein lassen und dabei nicht knauen. Am Ort wo Kartelle sind, muß jede Zahlstelle sich anschließen, um für die Gesamtbewegung zu wirken. Vierter Pflicht müssen es Vorstände und Vertretermänner betrachten, unter den Mitgliedern Auftrag zu geben.

In der folgenden regen Diskussion über die zwei Referate gab insbesondere Kollege Stegerwald Ratschläge, wie in Schlesien trotz der schwierigen Situation, die vor Jahrzehnten dort, wo hier starke Organisationen anzutreffen sind, genau war, Erfolge in der Ausklärung der Arbeiterschaft erzielt werden können. Dringend nötig ist, daß die Vorstände jeden Monat eine Sitzung abhalten. Herausgegebene „Handbuch der christl. Gewerkschaften“ gibt auf jede Situation Rücksicht und jedem Zahlstellenvorstand mit den Inhalten sich vertraut machen.

Punkt 3 der Tagesordnung: „Unsere Stellung den gegnerischen Organisationen“ behandelte Kollege Chrhardt-Kattowitz in längerer Ausführung. Am besten ist es, überall unser Programm ausführlich und klar darzulegen, so kommen wir am besten vorwärts. Notwendig ist es, bei den „freien“ d.h. sozialdemokratischen Gewerkschaften, größtmögliche Vorsicht bei Führung von Lohnkämpfen zu üben, da jene jede Gelegenheit benutzen, um uns Schaden zuzufügen. Die Hirsch-Dünker, welche meist nur Feste feiern und Unterstützungszwischen dienen, kommen bei uns nicht in Betracht. Die katholischen Fachabteilungen, welche gegründet sind zur Sicherung der christlichen Gewerkschaften, sollen nicht unterschätzt, auf keinen Fall aber auch überschätzt werden, zumal sie in der letzten Zeit sich nur auf Streikbrecherorganisationen eingepumpt haben. Die Erfahrung hat uns schon gezeigt, und wird weiteren Beweis liefern, daß auch der schlesische Arbeitsschicht auf die Dauer nicht bevormunden läßt.

Aus der Ressorten heraus wurde dann noch besonders die in Reihe erscheinende „Östdeutsche Arbeiterzeitung“ zum Abonnement empfohlen, die katholischen Arbeiter, selbige erscheint in einer Auflage von 5000 Exemplaren. Da unsere Mitglieder aus den „Berliner“ Vereinen hinausgeworfen werden, soll auf diese Weise ihnen eine Zeitschrift zur Festigung ihrer religiösen Überzeugung in die Hand gegeben werden. Zu überlegen bleibt wohl ob nicht auch weitere kath. Arbeitervereine in Schlesien ohne „Sitz Berlin“ möglichweise errichtet werden, um der Arroganz der Berliner entgegenzutreten. D. B.) Nach Beratung einiger Minuten war die Tagesordnung erledigt, und wurde nach einem begeisterten Schlusswort des Kollegen Stegerwald, in dem er nochmals die künftige Agitationarbeit jedem Delegierten ans Herz legte, in einem dreifachen Hoch der Delegiertentag geschlossen.

Zweifellos hat die Zusammenkunft ihren Zweck, die einzelnen Delegierten mit neuer Begeisterung für praktische Arbeit gemeinsam mit Vertretern

Zdroge nun jeder Delegierte das Schlusswort des Kollegen Steinerwald beherzigen: Darum ihr 95, die ihr verjammelt seid, geht begeistert hinaus und erfüllt eure Pflicht, dann wird auch diese Konferenz reiche Früchte tragen.

### Ermüdung durch die Berufssarbeit.

Auf dem 14. Internationalen Kongress für Hygiene und Demographie, der kürzlich in Berlin stattfand, machte in der 4. Sektion (Berufshygiene und Fürsorge für die arbeitenden Klassen), der Regierungsbaurmeister Eisner-Berlin höchst bemerkenswerte Ausführungen über die Ermüdung durch Berufssarbeit. Er hat eine Umfrage bei den Industriellen verschiedener Berufszweige veranstaltet und bestätigt gefunden, daß von berücksichtigten Ausnahmen abgesehen, der deutsche, normale, d. h. gesunde, auf die Arbeit und die Arbeitsstelle ein gehörende Arbeiter in der heutigen normalen Arbeitszeit ohne erhebliche Überstunden, bei den heutigen Fabrikseinrichtungen und unter den heutigen sozialpolitischen Verhältnissen berufsmäßiger Pflicht bis zu einer Ermüdung arbeitet, welche ihn dauernd schädigt.

Und Regierungs- und Geh. Medizinalrat Dr. Roth-Botsdam, erklärte:

Um einer chronischen Übermüdung vorzubürgern, müsse die Arbeitsintensität der Leistungsfähigkeit des Arbeiters angepaßt sein. Je anstrengender die Arbeit und je weniger ausreichend die Arbeitspausen sind, um so stärker tritt Ermüdung ein und um so kürzer muß die Arbeitsdauer bemessen werden. Betriebsgefahren, hohe Temperaturen, gezwungene Körperhaltung, hohe Feuchtigkeitsgrade, heftige Erkältungen, einseitige Spannungnahme einzelner Muskeln, unzureichende Ernährung und ungeeignete Lebensführung beschleunigen den Eintritt der Ermüdung. Es muß in allen gewerblichen Betrieben auf ausreichende Zusatzfrischer Luft gegeben werden. Durch Förderung aller auf eine rationelle Ernährung gerichteten Maßnahmen, Fernhaltung von alkoholischen Getränken und sonstige geeignete Maßnahmen wird einer ungünstigen Entwicklung dieser Faktoren zu begegnen sein. Arbeiten, die an die Verantwortlichkeit und Aufmerksamkeit der beschäftigten Personen besondere Anforderungen stellen und die mit andauernder geistiger Anstrengung einhergehen, sind geeignet, den vorzeitigen Eintritt der Ermüdung zu begünstigen. Dasselbe gilt unter Umständen von Eintrübung der Arbeit. Für die Beurteilung etwaiger Berufsschäden im allgemeinen und der Folgen körperlicher und geistiger Überanstrengung im besonderen sind außerdem von einer entsprechenden Morbiditätsstatistik der Krankenklassen, die außer Begründtheit zum Berufe auch die Altersgrenze zu berücksichtigen habe, wertvolle Aufschlüsse zu erwarten.

Ein Privatdozent Dr. Tiebes-Turin hielt es für höchst wünschenswert, daß alle Regierungen nach dem schon jetzt in Belgien, Holland, England und anderen Staaten vorhandenen Beispiel neben der gesetzlichen technischen Überwachung der Arbeit und Arbeitszeit eine planmäßige ärztliche Überwachung einführen.

Dem kann man ruhig hinzufügen, daß alle hier angedeuteten Vorberührungen für keine Arbeitergruppe bestehend sind, und ihrer endlichen Erfüllung harrten, als für die Hütten- und Walzwerkarbeiter. Das jetzt die Vertreter der Wissenschaft ihre Stimme im Interesse der Menschheit mit unsrer Forderungen vereinigen, das kann nur begrüßt werden und legt den Arbeiter selbst aber auch die Pflicht auf, auf dem Gebiet der Selbsthilfe durch Anschluß an die Organisation mitzuwirken, um das angestrebte Ziel zu erreichen.

### Arbeiter und Unfallverhütung.

Der neue Jahresbericht der preußischen Regierungs- und Gewerberäte für 1906 führt, so lesen wir in dem „Reformblatt für Arbeiterversicherung“, lebhafte Klagen über die Gleichgültigkeit, mit der die Arbeiter oft den Unfallverhütungsvorschriften gegenüberstehen. Nur in einzelnen Bezirken ist es gelungen, einen Erfolg in dieser Beziehung zu erzielen. Zum Teil haben die Arbeitgeber dafür gesorgt, daß die Verhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaften in regelmäßigen Zwischenräumen bekannt gegeben wurden. Auch dadurch, daß man den Arbeiterausschüssen die Überwachung der Innehaltung der Schutzvorschriften übertrug, sind günstige Resultate erzielt worden. Ferner haben sich Prämien, die sowohl seitens einzelner Arbeitgeber als auch Berufsgenossenschaften ausgesetzt wurden, aufs beste bewährt. Alle diese an sich lobenswerten Versuche sind jedoch berücksichtigung verfehlzt.

Die hohe Zahl der selbstverschuldeten Unfälle macht ein systematisches, einheitliches Vorgehen durchaus notwendig. Zunächst müßte eine regelmäßige Aufklärung und Belehrung über die Notwendigkeit und richtige Anwendung der Verhütungsvorschriften seitens der Gewerbeaufsichtsbeamten durchgeführt werden. Diese Belehrung könnte in Form von Vorlesungen bei Gelegenheit der Besichtigungen oder bei den Veranstaltungen der Arbeitervereine am besten stattfinden. Auch die Form von Volksvorlesungen wie in Frankfurt a. M.) würde sich dafür eignen. Hier müßte man sich zu diesem Zwecke der Mithilfe von Organisationen versichern, die überhaupt mehr als bisher auf diesem Gebiete leisten müßten. Bei großer Fahrlässigkeit und dergl. wäre die Ausübung des Strafrechts seitens der Berufsgenossenschaften durchaus angebracht, auf der anderen Seite aber auch Belohnung für entschlossenes Handeln im Falle eines Falles. Die Rüttelung der Arbeiter bei der

Unfallverhütung ist ein Feld, auf welchem noch vieles zu leisten übrig bleibt, auf welchem sich jedoch andererseits Erfolge, wie an einzelnen Beispielen bewiesen ist, nicht allzu schwer erreichen lassen.“

Es soll nicht geleugnet werden, daß mancher Unfall durch Verschulden der Arbeiter hervorgerufen wird. Da, wo man grobe Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften findet, möge man auch nur energisch dabei vorgehen. Aber man vergesse dabei nicht, daß oft nur der Schein für grobe Fahrlässigkeit spricht. Die hastige Arbeitsweise, das Jagen und Wühlen und das fortwährende Leben und Wirken in den Gefahren, stammt ab. Wenn durch solche Umstände Unfälle herverursacht werden, dann ist nicht der Arbeiter schuld, sondern dann sind es die Verhältnisse. Also auch hier Gerechtigkeit!

### Fürsorgestellen für Lungenkrank.

Es dürfte wenig Krankheiten geben, bei welchen ein öffentliches Eingreifen so not tut, wie bei Tuberkulose aus ärztlich-hygienischen sowohl wie aus humanitären Rücksichten. Gewiß leisten ja die Volksheilstätten ganz hervorragendes im Kampfe gegen die Schwindsucht, aber sie bilden nur ein Glied in der Kette der Abwehrmaßregeln; die Sorge um die armen Schwindsüchtigen muß viel weiter gehen, sie muß ihm bei Verbringung in dieselbe behilflich sein, sie muß sich ferner nach der Entlassung seiner annehmen, eventuell ihm bei der Auswahl eines neuen Berufes behilflich sein. Dabei kommen zunächst die heilbaren Fälle in Betracht. Um die schweren, unheilbaren Kranken hat man sich überhaupt bis jetzt ganz wenig gekümmert; diese sind aber am allerhöchsten und wegen ihres reichen Auswurfs gefährlich. Sie am meisten die Umgebung. Ein dankbares Objekt der Tätigkeit dieser Fürsorgestellen sind ferner die Familien der Erkrankten, sie werden besucht und unterstützt durch Gewährung von Betten und Kleidungsstücken, ist die Wohnung ungenügend, so wird für eine neue Wohnung gesorgt; Wohnung und Hausrat werden desinfiziert. Den Kranken werden Stärkungsmittel verabreicht und sie und ihre Familie zu einer hygienischen Lebensweise erzogen. Die eigentliche Behandlung ist nicht Aufgabe der Fürsorgestellen, wohl aber die Feststellung der Krankheit. Diese sozialhygienischen Institutionen sind in vorbildlicher Weise zuerst in Belgien und Frankreich entstanden, sie bilden dort einen Ersatz für die Volksheilstätten. In Deutschland ist die erste derartige Anstalt in Berlin errichtet worden, und zwar in Verbindung mit der inneren Poliklinik der Charitee. Sie hat in den ersten vier Monaten ihres Bestehens 315 Familien in Fürsorgebehandlung genommen. Ein Erlass des preußischen Medizinalministers empfiehlt die weitere Gründung derartiger Wohlfahrtsanstalten im Anschluß an Lungenheilstätten und hygienische Institute.

### Streiks und Lohnbewegungen.

**Zur Beachtung.** Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden; andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

**Ahlen.** Bei der Firma Gebr. Seller (Stanz- u. Emailierwerke) stehen die Stanzarbeiter und Schlosser in einer Lohnbewegung.

**Böcholt.** In der Herdfabrik der Firma J. B. Eisinghorst sind Differenzen ausgebrochen. Sämtliche Kollegen stehen im Streik.

**Bremen.** Die Arbeiter der Neueren Straßenbahn, Dreher, Schlosser und Schmiede stehen im Streik.

**Nippichteroth (Bröhl).** Bei der Firma Gebr. Willach, Möbelschloß- und -beschlägsfabrik, sind die organisierten Arbeiter wegen Zugehörigkeit zur Organisation ausgesperrt.

**Friedenthal (Siegtal).** Bei der Firma Linden & Comp., Abteilung Solingen, sind sämtliche organisierten Kollegen ausgesperrt.

**Oberstein.** Hier sind sämtliche organisierte Edelmetallarbeiter ausgesperrt.

**Schw.-Gmünd.** Die Firma Joh. Herzer ist bis auf weiteres für Münzarbeiter und verwandte Berufe gesperrt.

**Lünen.** Bei der Firma Gottfr. Quittmann stehen die Arbeiter im Streik. Klempner, Schlosser usw. fernhalten.

**Galkau.** Die Arbeiter der Draht- u. Schraubenfabrik Galkau stehen in einer Bewegung.

**Eigen.** Über die Sitzungswerte ist die Sperrerei verhängt.

**Krefeld.** Die Käfigen Elektromotoren sind in eine Polnische Menge getreten.

**Wagthütte-Haldhof.** Infolge Lohnunterschieden ist auf der hiesigen Hütte ein Streit ausgebrochen.

**Zuzug ist fernzuhalten.**

**Ahlen i. W.** Wie den Kollegen bekannt, schwelt zwischen den Westfälischen Stanz- und Emailierwerken in Ahlen und uns ein Prozeß, um die zwischen uns und der genannten Firma bestehenden Differenzen zu klären. Die Gerichtsverhandlung hat noch nicht stattgefunden. Wir ersuchen unsere Mitglieder, sich vor einer Annahme von Arbeit in Ahlen bei unserm dortigen Verbandsvertreter zu melden.

### Gefäulntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im Voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 3. November der fünfundvierzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 3. bis 10. November 1907 fällig.

**Die Abrechnung vom 3. Quartal** muß innerhalb 4—5 Wochen nach Quartalschluss in allen Ortsgruppen fertiggestellt und eingesandt werden. Diejenigen Ortsgruppen, welche die Abrechnung noch nicht eingesandt haben, werden ersucht das Versäumte sofort nachzuholen und Geld und Abrechnung an die Zentrale zu senden.

Der Ortsgruppe Dortmund, Sektion für das Klein gewerbe wird die Genehmigung zur Erhebung eines Extrabeitrages von monatlich 50 Pfg. neben dem laufenden Beitrag von 60 Pfg. wöchentlich erteilt.

Die Nichtzahlung hat die Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

**Ausgeschlossen aus dem Verband** wurden die früheren Mitglieder H. Bottich, Buchnummer 83925 und H. Detering, Buchnummer 92329 wegen Streikbruch auf Antrag der Ortsgruppe Dortmund.

Bei den Ortsgruppen, die die Arbeitslosenzählarter zu spät eingesandt hatten, ist in der vorher Nummer irrtümlicherweise auch Nünderoth mitgenannt worden. Diese Zahlstelle ist seit kurzem mit Engelskirchen zentralisiert und braucht deshalb eine Arbeitslosenzählart nicht einzusenden, was hiermit berichtigt sei.

### Aus dem Verbandsgebiet.

**Wuppertal.** Es war mal wieder nicht. Alle Leute unseres Organs werden sich erinnern, mit welchen Schwierigkeiten wir hier zu rechnen haben. Schon bei der Gründung unserer Zahlstelle war es uns nicht möglich, in der Stadt selbst ein Lokal zur Abhaltung einer Versammlung zu erhalten, deshalb mußten wir nach auswärts gehen. Man drohte sogar den Witten mit einer Biersteuer. Als später unser letziger Vereinsvater sein Lokal zur Verfügung stellte, wurden alle Anstrengungen gemacht, ihm das Leben schwer zu machen. Neben seiner Bierstube betrieb er noch ein Biergeschäft. Von der Wuppertaler Bierstube, für die er früher viel gearbeitet hatte, war er boykottiert. Der Bierverleger entzog ihm das Bier und die Stadtverwaltung hinderte ihm die Hypothek, welche er von der Sparsäcke hatte; der Verband wurde mit Augsaugen überwacht. In jeder öffentlichen Versammlung ertrugen der Herr Bürgermeister in eigener Person. Die Ortsgruppe wurde einmal sogar aufgelöst. Eine öffentliche Versammlung, die als Volksversammlung einberufen, aber auf den Namen des Verbandes von der Behörde bescheinigt wurde, verlor bei Auflösung durch den Herrn Bürgermeister. Die Begründung lautete: „der typische Metallarbeiterverband existierte hier nicht mehr.“

Um nun derartigen Fällen aus dem Wege zu gehen, sollte darauf Bedacht genommen werden, keine Versammlung mehr sich so beschönigen zu lassen. Als dieses nun wieder geschah, gefielte der Referent, Kollege Franzen, in einer öffentlichen Versammlung das Gesicht des Bürgermeisters schief. Jedoch, mit des Gesichtes Richter ist kein einziger Mensch zu finden und das Unglück stürzte schnell. Durch die Ausführungen des Referenten sah der Herr Bürgermeister Franzen, Oberhaupt der Stadt Wuppertal, sich beleidigt und stellte Strafantrag. Wegen bestand die Beleidigung? Kollege Franzen sollte die ausgestellte Bescheinigung „Wiss.“ genannt haben, dieselbe dann so auf den Tisch geworfen, daß sie zur Erde fiel. Fürstliche eine Handlung, welche bestraft werden mußte, nach Ansicht des Herrn Bürgermeister. Am 10. Oktober war nun der Sünder vor dem zuständigen Amtsgericht in Wuppertal erschienen. Kollege Franzen bestritt hier den Anspruch „Wiss.“ gebraucht zu haben, die Zeugen, Polizeisergeant Linke und Gendarmerie waren anderer Meinung. In seiner Verteidigung führte der Delinquenter aus, daß durch die Bekämpfung des Verbandes ihm die Agitation beeinträchtigt würde, berief sich auf den § 193, Wahrung berüchtigter Interessen, und beantragte keine Freiheitsstrafe. Der Amtsgericht beantragte 80 TRL Geldstrafe und öffentliche Widerrufung. Das Gericht aber sprach den Sünder frei.

Kollegen von Isselburg! Trotz aller Kämpfung hat man es nicht vermocht, uns zu beseitigen. Hoffentlich sehen die Arbeiter von Isselburg hieran, wie unheilvoll wir den Herren, wie notwendig und nützlich aber der Verband für die Arbeiterschaft ist. Sorgt dafür, daß auch der letzte Arbeiter sich dem Verbande anschließt, dann werden auch jene Herren sehen, daß sie ein Leid sind, von jener Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft.

**Vorbericht.** Wegen Nebens in einer Werkstattbesprechung der Hochfertwerke Verge-Vorbeck der Hütte "Phönix" hatte der Bezirksleiter Franzen unseres Verbandes und Herr Jakob (H.-D.-Eisen) einen Strafmandat von 15 M. erlassen. Auch der Lokalinhäher bekam ein gleiches. Hiergegen wurde Berufung eingezogen. In einer am 16. Oktober stattgefundenen Sitzung des Schössengerichts Vorbeck wurden alle drei freigesprochen.

**Duisburg.** In Nr. 48 des "Regulator" wird eine Antwort auf unsere Fragen ver sucht, wann und wo keiner Streikarbeit verrichtet und welcher christliche Vertrauensmann seine Mitarbeiter denunziert habe. Die Streikarbeit soll im Jahre 1899, also vor 8 Jahren, auf der Niederrheinischen Hütte gemacht worden sein. An den Behauptungen des Herrn Köppen ist zunächst direkt unwahr, daß keiner den Vorber. vorher vor der Ausführung dieser Arbeit gewarnt habe. Wenn keiner die hier gemeinte "Streik-Arbeit" verrichtet hat, so möge sich der Regulator und sein Gewährsmann Köppen das eine merken, daß unter den gegebenen Umständen heute noch die H.-D. organisierte Vorber. genau dasselbe machen würden und machen in späteren, wenn sie nicht wie Verrückte handeln wollen.

Zu der damaligen Zeit (der christlich-soziale Metallarbeiterverband war damals noch gar nicht gegründet) waren auf der Niederrheinischen Hütte von etwa 200 Hörern nur ein halbes Dutzend organisiert. Keiner der dem Duisburger (Total) Vorberverein angehörte war unablässig für seine Mitarbeiter tätig und hatte sich dadurch nach oben in bekannter Weise lästig gemacht. Man suchte schon längst einen Grund, um ihn unanschuldig auszulöschen zu können und dazu sollte die — heute nach acht Jahren — von einem H.-D. Auskollagen ausgetragene "Streikarbeit" als misskommene Gelegenheit dienen. Keiner ging, jedenfalls nicht zum Schaden seiner Mitarbeiter, nicht in diese Falle, wurde allerdings kurze Zeit nachher doch wegen seinem Eintritt in die Gesamt-Kitte gemahngestellt.

Das ist das "Verbrechen" Rekers, der zwar nicht dieses einmal sondern wiederholt wegen seiner Wirklichkeit für die gesamten Berufskollegen aus Frei und Arbeit gekommen und die schwersten Zeiten durchzumachen gehabt hat. Dafür wird er heute noch nach acht Jahren, von einem nachgeorgteten Auskollagen ohne jeden Aufschwung angemahnt und ein Organ, das angeblich Arbeitersolidarität und die Arbeitersolidarität vertreten will, gibt bereitwilligt seine Spalten dazu her.

Dasselbe Blatt gab sich in einer früheren Nummer dazu her, um seinen Kollegen keiner der Wahrheit zum Spott und Hohn als Alkoholiker öffentlich zu verleumden und möchte sich in seiner letzten Nummer wie ein Pharao über den Ton ertrüllen, mit dem Kollege keiner dem H.-D. Gewährsmann des Regulator seine Fleigeleien heimgezahlt hat.

Kollege keiner und seine Verdienste um die Arbeiterschaft, die ihm die schwersten persönlichen und materiellen Opfer nicht erspart haben, stehen viel zu hoch da, als daß sie von Hirisch-Düncker'scher Gehässigkeit in den Schnüffel gezogen werden könnten.

Soviel zu der ersten Frage.

Die zweite Frage, welcher christliche Vertrauensmann eine Mitarbeiter denunziert habe, wird vom Regulator trotz unserer wiederholten Anforderung noch immer nicht beantwortet. Man kann es nicht, weil es eben ein haarsaubender Blödmann oder eine aus nicht ganz reinen Fingern gejoggene Biße ist. Soviel dem Regulator und seinem Köppen auf die zweite Frage.

Wenn Köppen sich aber jetzt als Haussmächer der wirtschaftlichen Grundlage und Arbeitersolidarität befähigen will, braucht er keine acht Jahre zurückzutreifen. Es ist noch gar nicht lange her, als Gesamtvergängenheit und Verbandskollegen von ihm auf der Niederrheinischen Hütte darum zu wünschen suchten, daß Arbeiter in einer Werkstätte einzutragen werden möchten, damit sie (die Hirisch-Düncker) noch mehr wählen und überstimmen machen könnten. Warum schreibt Köppen dem darüber keinen Entschuldungsartikel für sein Leidwesen? Aber weiß er, daß der Magen des Regulator solche Sillen nicht vertragen kann?

Damit ist für uns diese Angelegenheit erlebt, die offensichtlich den Herrn von der H.-D. Richtig das eine gezeigt hat, daß unsere christlichen Kollegen sich nicht mehr von ihnen bestimmen und beruhenden lassen.

**Nürnberg.** Am 4. Oktober hatten wir eine außerordentliche Generalversammlung zur Sanierung der inneren Verhältnisse. Quertriebtereien, die insbesondere den Herrn Höß zur Triebfeder hatten, konnten natürlich unsererseits nicht fördern; die Konsequenz war schließlich der Austritt des Herrn Höß und Schätz. Wenn Herr Höß glaubt, durch konfessionelle Verthezung das Arbeitertum zu fördern, werden wir schließlich einmal sein nicht gerade ehrenhaftes Gebahnen etwas näher besprechen. Dem Unterstützungsverein der Firma Schäfer, der Herrn Höß zum Vorsitzenden hat, haben wir bisher objektiv gegenüber gestanden. Wir betreibe aber von Herrn Höß mißbraucht werden, der gut zu tun scheint, so wird unser Verband in entsprechender Weise hierzu Stellung nehmen. In diesem Sinne nahm auch die Generalversammlung einstimmig Stellung. Die hierzu folgende Ergänzungswahl hatte folgendes Resultat: 1. Vorsitzender, Kollege A. Kowad; 2. Vorsitzender, Kollege Edu. Schätz; als Beisitzer die Kollegen Gaag, Doppler und Fall. Die Verwaltung wurde durch Beschuß um 2 Beisitzer bestärkt. Kollege Kowad konnte noch feststellen, daß im letzten Quartal die Mitgliederzahl Nürnberg ständig zunahm, während der Bezirk Nürnberg im letzten Halbjahr einen Zufluss von 600 Mitgliedern aufweise. Ein kräftiger Appell zur Mitarbeit schloß die außerordentliche Versammlung.

**Bielefeld.** Wie in Bielefeld der Kampf gegen den christlich-soz. Metallarbeiter-Verband geführt wird, spottet nachgerade jeder Beschreibung: Durch die rote Parteipresse wird von Seiten der Ortsverwaltung des deutschen soz. Metallarbeiterverbandes die Nachricht verbreitet, daß bei der Firma Görricke, Nähmaschinen- und Fahrwäderfabrik, die Dreher durch fortgesetzte Maßregelungen gezwungen, in einen Streik eingetreten seien. Dazu ist zu bemerken: "Diese Maßregelungen werden nur zum Vorwande angegeben, um den christl.-soz. Metallarbeiterverband, dem es in letzter Zeit gelang, auch im roten Bielefeld festen Fuß zu fassen, von dem weiteren Vordringen abzuhalten. Wie es mit den Maßregelungen bestellt ist, kann am besten durch den einzigen Fall" klargelegt werden: Der Dreher Bräuer, Mitglied des Arbeiterausschusses, Mitglied des "freien" soziald. Metallarbeiterverbandes, meldete sich bei der zuständigen Stelle frank mit dem Bemerken, er sei Lungengeschwund und es würde seine Krankheit wohl 2-3 Monate dauern. Wahrscheinlich würde er in eine Lungengenheit kommen. Dieser Dreher bediente mit noch einem Helfer drei Handbänke und fünf automatische Drehbänke, welche während dieser Zeit doch nicht stillstehen konnten. Es wurde nun ein anderer Mann an diese Bänke gestellt. Diese Wendung paßte dem Dreher Brause aber keineswegs, denn die Krankheit war mit einem Male gehoben und er meldete sich wieder zur Arbeit. Gefordert wurde nun von ihm, daß er seine sämtlichen Bänke wieder bekomme, sonst könnte er seinen alten Lohn nicht verdienen. Da aber eine andere Verteilung vorgenommen war, konnte diesem Wunsche nicht nachgekommen werden; man wollte ihm wohl die drei Handbänke lassen, aber an den fünf automatischen Bänken sollte der Erzähler weiter arbeiten. Auch wurde ihm bewiesen, daß er trotzdem seinen sonstigen Verdienst erreichen würde, und zwar wurde die 17. und 18. Lohnperiode, wo er nur an drei Bänke gearbeitet hatte, vorgerechnet, daß er in dieser Zeit 82 Mark bei der 17. und 79 Mark bei der 18. Lohnperiode verdient hätte. Die Tatsachen nützen aber alles nichts, es mußte eben etwas gefunden werden, um zu dem erwünschten Ziele zu kommen. So wurde von der Leitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes Werkstätterversammlungen abgehalten, um die Leute eben zur Arbeitsniederlegung zu treiben. In geheimen Beratungen wurde der Beschuß gefasst, die christlich organisierten Metallarbeiter müssen aus Bielefeld heraus, demgemäß sollte jetzt gehandelt werden. Was man in der Schleiferei durchführen wollte, aber nicht konnte, das soll nun auf eine so windige Art erreicht werden. Die christlichen Metallarbeiter werden sich eine derartige Kampfweise nicht gefallen lassen, einmüttig Mann für Mann hinter ihren Bielefelder Kollegen stehen, um derartige Kämpfe, welche nur zum Schaden der Arbeiter ausfallen, von vornherein zu bereiteln.

## Literarisches.

Den Zeitungsendungen liegt ein Schriftenverzeichnis vom Generalsekretariat des Gesamtverbandes bei. Dasselbe wird den Kollegen bei der Auswahl von gewerkschaftlicher und volkswirtschaftlicher Literatur gute Dienste leisten. Bestellungen auf Bücher richte man direkt an die Buchhandlung des Gesamtverbandes, Köln, Polzstraße 14.

## Briefkasten.

Kollege P. in L. Wenn ein Ortsgruppenvorsitzender eine Pflicht vernachlässigt und deshalb eine Zahlstelle in Unordnung gerät, so ist zunächst die Bezirksleitung zu verständigen, die das nötige zu veranlassen hat, um Abhilfe zu schaffen. Die Wahl eines neuen Vorsitzenden unterliegt selbstverständlich der Genehmigung der Zentrale.

## 1. Württembergische Gewerkschaftskonferenz.

Der mehrfach gefürchtete Banck in Württemberg eine allgemeine christliche Gewerkschaftskonferenz abzuhalten hat sowohl im Lande selbst wie auch beim Vorstand des Gesamtverbandes Zustimmung gefunden. Die Konferenz findet daher am Sonntag den 8. Dezember, in Stuttgart statt. Beginn vormittags 10 Uhr. Das Lokal wird noch bekannt gegeben. Eine Zahlstelle kann einen Delegierten entsenden. kleinere können sich vereinigen zur gemeinsamen Vertretung. Die Kosten tragen die Lokalitäten. Lagebeschreibung: 1. Stand und weitere Ausdehnung unserer Bewegung; 2. die Aufgaben der christlichen Gewerkschaften im öffentlichen und sozialen Leben; 3. einige Erklärungen zu sozialpolitischen Maßnahmen in Württemberg. Anträge und Vorschläge sowie Annahmen von Delegierten sind längstens bis zum 15. November an den Unterzeichneten zu richten. S. L. Franz, L. Höglund, Stuttgart, Urbanstr. 96.

## Versammlungs-Kalender.

**Kollegen!** Ein pflichtbewußter Gewerkschaftler ohne zwingenden Grund in keiner Versammlung fehle.

**Brebach S.** Sonntag 3. Nov. nachmittags 4 Uhr in Großblittersdorf um 7 Uhr in Kleinblittersdorf.

**Bremen.** Am 2. November Versammlung mit Vorstandesreferent: Arbeitersekretär Hahn.

**Bremervorstadt.** Wegen Verlegung des Versammlungslokals finden die Versammlungen alle 14 Tage Freitags bei C. Büder Schifferstr. 7 statt. Nächste Versammlung 8. November.

**Cömmern (Ahd.).** Jeden 2. Sonntag im Monat Trauensmänner-Versammlung. Jeden 4. Sonntag Versammlung beim Wirt B. Milz.

**Düsseldorf-Bliersheim.** Sonntag den 8. Nov. nachmittags 8½ Uhr im Lokale Kaspar Greis, Briesmerheimerstraße.

**Düren.** Sonntag, den 3. November, Mitgliederversammlung mit Vortrag bei Lorenz Klinkenberg, Düren, Philippstr. Es werden pünktlich 11 Uhr vorm. zu erscheinen. Dieselbe findet in oberen Saal statt.

**Effsen.** (Schlosser und Schmiede des Kleingewerbe). Sonnabend, den 9. November, abends 8 Uhr Versammlung im christlichen Gewerkschaftshaus, Frohnhauserstr. 19.

**Effsen-Holsterhausen.** Sonntag, den 3. November vor 11 Uhr Versammlung in der "Erholung" Hobelschreiberstr. Kollegen werden gebeten pünktlich und vollzählig zu erscheinen.

**Effsen-Huttrop.** Sonntag, den 10. November, vor 11 Uhr Versammlung bei Huttrop.

**Effsen-Müttenscheid.** Sonntag, den 10. November, vor 11 Uhr Versammlung bei Wallner, Müttenscheiderstr.

**Effsen-Siegle.** Sonntag, den 3. November vorm. 11 Uhr Versammlung bei Honigs Chausseestraße.

**Gießen.** Samstag, den 9. November findet im Hotel Schäfer unsere Mitglieder-Versammlung mit Vortrag statt.

**Gelsenkirchen-Bulwark.** Samstag, den 2. November abends 8 Uhr bei Welschede.

**Gelsenkirchen-Hüllens.** Samstag, den 2. November abends 8 Uhr bei Vor.

**Großenbaum-Buchholz.** Sonntag, den 8. Nov., nachmittags 5 Uhr Versammlung bei Römer.

**Hamm.** (Ortsverwaltung). Sonntag, den 8. November nachm. 5 Uhr Versammlung mit Vortrag im Gemeinschaftshaus bei Dirks, Heidkstr. Frauen mitbringen. Jeden Mittwoch ab 8-10 Uhr Unterrichtskursus in demselben Lokal, woran alle Kollegen teilnehmen können.

**Karlsruhe.** Die Versammlungen finden an jedem 3. Samstag abends 1½ Uhr im Promenadenhaus, Kaiserallee 13 statt. Nächste Versammlung 16. November. Sektion Durach. Versammlung jeden 1. Sonntag nachm. 1½ Uhr, Restaurant zu Bahnhof. Nächste Versammlung 8. November. Sektion Ettlingen. Versammlung jeden 3. Sonntag nachm. 1½ Uhr, Lokal zur Sonne. Leichlingen. Sonntag, den 3. November vorm. 11 Uhr Generalversammlung. Sehr wichtige Tagesordnung. Alle Mitglieder müssen erscheinen.

**Letmathe.** Sonntag, den 3. November, vormittags 11 Uhr Versammlung mit Vortrag des Kollegen Löner-Haum. "Die Lage der Arbeiter in der Kleinen Industrie". Die Kollegen von Nachrodt, Dörsich, Grüne sind freundlich eingeladen.

**M. Durbach.** Sonntag den 8. November vorm. 11 Uhr Versammlung bei P. Bauer.

**Overhausen.** Sonntag, den 10. November, nachm. 5 Uhr Versammlung mit Vortrag des Kollegen Oberhoffel. Oehler Markt.

**Olberg.** Am 2. November, abends 8 Uhr bei W. Kro. Vorstands- und Vertrauensmänner-Versammlung. Sonntag, den 8. November morgen 11 Uhr Versammlung in Winningshausen, nachm. 5 Uhr in Hoppene, abends 8 Uhr in Bonnlichen, Referent Bezirksleiter Weinbrenner.

**Schramberg.** Versammlung jeden 3. Samstag im Monat. Sonntag, den 10. November Gewerkschaftsfeier im Bären.

**Sulzbach (Oberpfalz).** Sonntag 10. Nov. Mitglieder-Versammlung bei Ros. Schall. — Sie Adresse unseres Vorsitzenden ist: Wolfgang Schleicher, Langgasse 21. Alle Meldungen sind zu machen und auch die Unterstützungen in Empfang zu nehmen.

**St. Ingbert S.** Sonntag 3. Nov. 11 Uhr vorm. Versammlung bei Kaffee Becker, 4 Uhr nachmittags Vers. in Niederdürkheim und um 7 Uhr in Überwürzbach.

**Velbert.** Samstag 9. Nov. außerordentliche Generalversammlung bei Kehliger.

**Witten-Annen.** Sonntag 3. Nov. morgens 11 Uhr bei K. Hoppe, Annen. Sonntag den 10. d. Mon. abends 6½ Uhr öffnen. Hüttens- u. Stahlwerkarbeiterversammlung bei Schmid (Videcke) Witten. Kollegen! agitieren für eifriges Besuch!

**Witten-Annen.** Die Auszahlungen der Unterstützung erfolgt für Witten durch den Kollegen H. Eichhausen, Oberstr. 1. General) bei Kaffee Becker, 4 Uhr nachmittags Vers. in Niederdürkheim und um 7 Uhr in Überwürzbach.

**Witten-Bomm.** Samstag 9. Nov. außerordentliche Generalversammlung bei Kehliger.

**Flugzettel :: :: :: :: Plakate**

**Eintrittskarten :: Mitgliedskarten**

**Programme :: :: :: Liedertexte**

**Statut - Abdrücke, überhaupt alle**

**Vereins- und Privat-Drucklachen**

liefern wir in kürzester Zeit, auf Wunsch innerhalb eines Arbeitages. Billige Berechnung. Pünktliche Auslieferung per Postpa

**z = z Genossenschaftsdruckerei :: ::**

**Oldenfott-Bee.**

**Siepenfert.**

**Tabake sind allen voran!**

**1/4 Pfd.-Pakete à 20 Pfsg. bis 1 Mark.**

**Überall käuflich!**

**Allmige Fabrikanten:**

**Oldenfott-Bee.**